

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Ostpreußen und Litauen 3600 M., für das übrige Ausland 4600 M. ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Morwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 30. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Besteigeter Druck im Ruhrrevier.

Das Bankgeheimnis.

Im Abwehrkampf.

(Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.)

Duisburg, 29. Januar 1923.

Unter dem Vorwande, die Kohlenverteilung im Ruhrgebiet neu zu regeln und den von Deutschland rückständigen Bestand an Kohle sicherzustellen, hat Poincaré unter Bruch des Völkerrechtes große deutsche Gebietsteile neu besetzen lassen. Bisher hat er keine Kohle erhalten, ebenso mußte er auf die durch den Friedensvertrag von Versailles sichergestellten anderen Lieferungen verzichten. Nun greift er zu neuen Zwangsmaßnahmen, zu einer Taktik, die auf eine ...

Deshalb geht die Französisierungstaktik, deshalb die fortwährenden Ausweisungen der höchsten Beamten und die geforderten Verhaftungen der Köpfe der Behörden. Durch ihre Erledigung glaubt man schließlich, die Bevölkerung für ...

Die Arbeiterkchaft, ebenso aber die Beamten und Angestellten haben allen Anlaß, die Entwicklung der Lage mit offenen Augen zu betrachten. Wir betonen noch einmal: Haushalten mit der Abwehrkraft!

Eine Voraussetzung hierzu ist die einheitliche Leitung des überaus schwierigen Abwehrkampfes. Es erscheint unbedingt notwendig, daß an der Peripherie des neu besetzten Gebietes sowohl von behördlicher wie von gewerkschaftlicher Seite eine Initiative geschaffen wird, die vollkommen selbständig die Führung bei der Abwehr übernimmt. Die besten Männer aus dem Volke sind hierzu gut genug!

Verhaftungen über Verhaftungen.

Bochum, 29. Januar. (W.Z.) Heute morgen 7 1/2 Uhr wurde in seiner Wohnung der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Bethge, aus dem Bett heraus verhaftet. Zu gleicher Zeit erschien ein großes militärisches Aufgebot, besetzte das Finanzamt Bochum und begab sich dann zu der nahegelegenen Wohnung seines Leiters, Oberfinanzrats Schmidt, der ebenfalls aus dem Bett heraus verhaftet wurde. Herr Schmidt hat erst vor kurzem zwei schwere Operationen überstanden, unter deren Nachwehen er noch leidet. Sein Stellvertreter, Regierungsrat Grünwald, begab sich zum Divisionskommandeur in Weimar, um selbst gegen die Verhaftung zu protestieren. Eine Beamtenordnung wurde nicht vorgelesen, dagegen wurde Regierungsrat Grünwald gleichfalls verhaftet. Ferner wurde heute die Reichsbank besetzt und

Reichsbankdirektor Blumhoff verhaftet. Die Beamten legten darauf die Arbeit nieder. Die übrigen Privatbanken in Bochum haben zum Protest ebenfalls geschlossen. Ferner wurde der Leiter des Hauptpostamtes Bochum, Faust, verhaftet. Die Gefangenen sind alle im Weimarer Postamt untergebracht. Der Fernsprechbetrieb, der seit Mittwoch voriger Woche ruhte, ist heute mittag wieder aufgenommen worden. Die französischen Truppen, die das Telegraphen- und Postamt besetzt hielten, sind abgerückt und haben den Telegrapheninspektor Birke mit sich fortgeführt.

Der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Garres, erhielt heute den Ausweisungsbefehl. Kurz vor 6 Uhr ist er von den Besatzungstruppen mit unbekanntem Ziel wegtransportiert worden.

Der Präsident der Oberpostdirektion Düsseldorf hat heute morgen einen Ausweisungsbefehl mit sofortiger Wirkung erhalten. — Der Stellvertreter des Präsidenten des Finanzamts in Düsseldorf ist heute morgen verhaftet worden. Dr. Schultze, der eigentliche Präsident, wurde bekanntlich vor mehreren Tagen in Mainz verurteilt und ausgewiesen.

Düsseldorf, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das in Düsseldorf stationierte Generalkommando der Besatzung hat dem Regierungspräsidenten auf die inzwischen mündlich beantwortete Frage, ob an eine Hungerblockade ernsthaft gedacht sei, jetzt auch eine schriftliche Mitteilung zugehen lassen. In dem Schreiben wird festgestellt, daß nicht daran gedacht sei, die für die deutsche Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel zu beschlagnahmen, ferner auch in keiner Weise beabsichtigt werde, die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden. Wenn in der Lebensmittelversorgung Schwierigkeiten eintreten würden, so sei das die Schuld der Eisenbahner, die seit einigen Tagen das Eisenbahnnetz lahmgelegt. Der Versuch, die Eisenbahner gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes auszuspielen, wird mißlingen. Auch die Bewohner des Industriebezirks wissen, aus welchem Grunde die Eisenbahnerkchaft passive Resistenz übt und sie stimmen mit ihr überein in der Auffassung, daß die Französisierung deutscher Eisenbahnstrecken entschieden verhindert werden muß. Wir geben auf die Zusicherung, daß die Lebensmittelzufuhr nicht abgebrochen werden soll, gar nichts. Es steht einwandfrei fest, daß die Franzosen die Ruhralbahn ebenso die Strecke Duisburg—Oberhausen—Lünen von eigenem Personal bedienen lassen wollen und jede Benutzung für deutsche Transporte auszuschalten gedenken. Damit sind zwei Strecken für die Lebensmittelzufuhr lahmgelegt.

Stillelegung von Post und Telegraph in Essen.

Essen, 29. Januar. Für heute mittag 2 Uhr hatte der französische Kommandeur für das Telegraphenwesen die Gewerkschaftsvertreter der Beamtenschaft, der Post und des Telegraphenamts zu sich geladen, um sie zur Unterzeichnung einer Erklärung zu bewegen, daß sie sich den französischen Anordnungen fügen würden. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt. Dem Direktor Jünger, der dagegen Einspruch erhob, wurde erklärt, daß er sich zur Verfügung der französischen Behörde zu halten habe. Die sechs Vertreter der Beamtenschaft wurden sofort verhaftet und in einem bereitstehenden Auto mit unbekanntem Ziel fortgebracht. Die Vertreterin der Beamtinnen wurde von den Franzosen sofort freigelassen. Infolge des Vorgehens der Franzosen hat das Personal der Post und des Telegraphenamts beschlossen, die Arbeit um 8 Uhr niederzulegen.

Düsseldorf, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Besatzungstruppen haben das erst vor wenigen Monaten in Betrieb gesetzte Rheinlandkabel bei Steele und Düsseldorf durchschnitten, um sich einzuschalten und Telefongespräche zu belauschen. Dadurch ist der Telephonverkehr im Industriegebiet und mit dem übrigen Deutschland zum größten Teil lahmgelegt. Der Regierungspräsident hat gegen diese „wirtschaftliche Maßnahme“ Protest eingelegt.

Duisburg, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Durch Eingriffe der Besatzung ist in dem Industriegebiet außer dem Eisenbahnverkehr auch der Telephonverkehr in wesentlichem Maße lahmgelegt worden. Wie der telegraphische Verkehr so ist nun der telephonische Verkehr mit Essen unterbrochen.

Der Völkerbundrat ignoriert die Ruhrfrage.

Gestern ist in Paris unter Bivianis Vorsitz die Tagung des Völkerbundrates eröffnet worden. Zwar wird man sich dort auf englischen Antrag mit der Frage von Rossul beschäftigen, die Ruhrinvasion wird dagegen allem Anschein nach nicht zur Sprache gebracht werden, da Frankreich dagegen protestieren würde. Da indessen die übrigen Mitglieder des Völkerbundes selbst das Gefühl haben, daß es einem totalen Zusammenbruch der Völkerbundidee gleichen würde, wenn der Rat an diesem weltgeschichtlichen Ereignis vollkommen vorbeiginge, sucht man krampfhaft nach einem Weg, sich den Anschein zu geben, als ob man etwas unternimmt. So meldet der „Daily Telegraph“: Anstatt die Frage der Ruhrbesetzung durch einen Vertreter eines neutralen Staates vorbringen zu lassen, sei jetzt, um die französische Empfindlichkeit zu schonen, beschließt, eine Entschlieung einzubringen, die den Völkerbundrat in den Stand setzen solle, seine Unterstützung zur Erreichung einer Übereinstimmung in der Reparationsangelegenheit anzubieten, vorausgesetzt, daß die beteiligten Regierungen damit einverstanden sind.

Einen Mann, der vor Erschöpfung taumelt, kann man durch Stöße ins Gesicht nicht dazu bringen, wieder gerade zu gehen. Ebenso wenig läßt sich die Zerrüttung, in die unsere deutschen Reichsfinanzen durch Krieg, Niederlage, Verschmetterungsrieden und Auferlegung einer überwiegend hohen Kriegsschuld geraten sind, durch Ultimaten und militaristische Vorstöße heilen. Die Sozialdemokratie hat innerhalb und außerhalb der Regierung alle Anstrengungen gemacht, um das Rückgrat jedes Staatswesens, die Finanzverwaltung, wieder gesund zu machen. Sie hat ein Recht, sich jede Beilehrung und Kritik von Seite jener zu verbitten, die durch ihre unsinnige Reparations- und Sanktionspolitik alle Bestrebungen zur Herstellung eines gesunden Steuersystems in Deutschland zunichte gemacht haben.

Im Innern sind diese zerschlagenen Verhältnisse von Industrie, Banken und Handel dazu benutzt worden, um auf dem Wege der Gesetzgebung die weitestgehende steuerliche Schonung des mobilen Kapitals durchzusetzen. Die letzte Milderung der Einkommensteuer im Dezember, die ungeheuerliche Schonung der Sachwertbesitzer bei der Zwangsanleihe, sind Zeichen dieses Erfolges. Das mobile Kapital begnügt sich aber nicht mit diesen Errungenschaften. Unter der jetzigen reinbürgerlichen Regierung Cuno-Beder will es auch noch das bisher zu seinen Gunsten geübte Steuerrecht legalisieren. Unter der Führung der Banken und mit Hilfe der zu Kapitalisten diensten stets willfährigen Reichsbank ist in den letzten Monaten ein gewaltiger Ansturm unternommen worden zur Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und der Aufhebung des Depotzwanges.

Daß gerade der gegenwärtige Augenblick für diesen Ansturm gewählt worden ist, hat seine besondere Bedeutung. Weder wird sie von vielen, die dem Ansturm der Bankinteressen in gutem Glauben Vorschub leisten, nicht beachtet. In diesen Wochen geht nämlich die Veranlagung zur Vermögenssteuer, zur Vermögenszuwachssteuer und zur Zwangsanleihe vor sich. Auf diese Veranlagung Einfluß zu gewinnen und sich lästiger Kontrolle zu entziehen, ist der eigentliche Zweck des gegenwärtigen Kampfes. Zu der gewaltigen Bevorzugung der Sachwertbesitzer, die ohnedies durch diese Steuererlasse selbst ermöglicht ist, soll die gefesselte Steuerhinterziehung treten, wodurch die Wirkung dieser Gesetze als Belastung des Besitzes völlig illusorisch gemacht würde.

In dem Gesehtenwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen ist die Streichung der Verpflichtung der Banken zur Einreichung von Kundenverzeichnissen und die Aufhebung des Depotzwanges für festverzinsliche Wertpapiere vorgelesen. Dieses Entgegenkommen der Regierung an das mobile Kapital, gegen das wir die schärfsten Bedenken haben, genügt aber den Banken nicht. In einer Eingabe verlangen sie die restlose Beseitigung des Depotzwanges und die Beschränkung der Auskunftsspflicht der Kreditinstitute auf solche Fälle, in denen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung bereits ein Strafverfahren eingeleitet ist. Im Finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates ist auch die allgemeine Auskunftsspflicht der Banken beseitigt worden und der Depotzwang für alle Wertpapiere.

Diese Beschlüsse sind nur durch die weitverbreitete Annahme zu erklären, die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die Einführung des Depotzwanges seien die Ursache für die Kreditnot und damit eine Schädigung der deutschen Wirtschaft. Diese Begründung ist aber nur eine Spekulation der Banken auf die Einfichtlosigkeit und die wirtschaftliche Unkenntnis gewisser Mittelschichten, die durch die Geldentwertung zur Anlage ihrer Gelder in Wertpapieren veranlaßt worden sind. In den eigentlichen Wirtschaftskreisen — ausgenommen die Reichsbank, die jeden von Kapitalinteressen behaupteten Unsinn glaubt — weiß man, daß die Kreditnot ganz andere Ursachen hat als den Depotzwang oder die Auskunftsspflicht der Banken. Noch vor wenigen Tagen (13. Januar 1923) schrieb die „Frankfurter Zeitung“:

„Was aber die Auskunftsspflicht der Banken anbelangt, so halten wir vor allem die Auffassung, daß die Kredit- und Kapitalnot oder gar die vorübergehende Zahlungsmittelknappheit zu einem irgend- wie wesentlichen Teile durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses verschärft worden sei, in keiner Weise für sichhaltig. Bann heute weite Kreise, anstatt Bankguthaben zu unterhalten, Anlagen in Sachwerten irgendwelcher Art vorziehen, so liegt das in der Hauptsache daran, daß die Bankguthaben, die übrigens von den Banken noch wie vor nur mit sehr geringem Anreiz verzinst werden, der vollen Wucht der Geldentwertung ausgesetzt sind. Es handelt sich also wesentlich um Auswirkungen unserer trauren Währungsverhältnisse und nicht um Auswirkungen der steuerlichen Gesetzgebung.“

Das ist aber nicht nur die Meinung der „Frankfurter Zeitung“, sondern die aller Sachverständigen, die die volle wirtschaftliche Einsicht höher stellen, als das finanzielle Interesse der Kapitalisten. Es ist auch nicht wahr, daß die Auskunfts- pflicht der Banken zu der Zahlungsmittelnot geführt

hat. Die sich jetzt noch in Privathänden befindlichen Banknoten werden gewaltig überflüssig. Die Geldentwertung hat die ehemals besonders in landwirtschaftlichen Kreisen aufgestapelten Papiergeldvorräte längst in den Verkehr gebracht und zur Anlage in Wertpapieren oder Waren geführt. Selbst der dümmste Bauer hat nämlich langsam eingesehen, daß die Wertverminderung der in gehamsterten Banknoten festgelegten Marktbeträge viel größer ist als irgendeine Steuer. Die Befreiung der Auskunftsspflicht der Banken kann deshalb gar keine Milderung der Zahlungsmittel herbeiführen. Ebenfalls lächerlich ist der Einwand, daß der Depotzwang zu einer Erschwerung der Anlage des Geldes in festverzinslichen Werten geführt habe. Daß heute Reichs- oder Kommunalanleihen und ähnliche Werte nicht gezeichnet werden, ist nicht die Folge des Depotzwanges, sondern die Folge des Sinkens des Goldwertes dieser Anleihen, die ebenso wie die Banknoten in voller Wucht von dem Sturz der Mark betroffen werden.

Auch die Behauptung in der Eingabe der Banken, es stehe unwiderleglich fest, daß die Bestimmungen über die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die Einführung des Depotzwanges die steuerlichen Interessen des Reiches in keiner irgendwie nennenswerten Weise gefördert haben, ist unwahr. Die Begründung zu dem erwähnten Gesetzentwurf stellt, obwohl sie in sehr weitem Umfang den Gedankengängen der Banken folgt, fest, daß beide Maßnahmen (Auskunftslosigkeit und Depotzwang) namentlich bei den großen Vermögenssteuern des Reiches den Finanzbehörden nicht unwesentliche Dienste geleistet haben. Deshalb erscheine die Aufhebung dieser nicht unwirksamen Mittel zur steuerlichen Erfassung des Besitzes wenig wünschenswert, namentlich in einer Zeit, in der die Finanzverwaltung daran geht, den Erfassungsapparat mehr und mehr auszubauen. Wenn ferner in der Eingabe der Banken das Mißtrauen der Banklandschaft wegen der Auskunftslosigkeit zur Begründung für seine Befreiung herangezogen wird, so kann man mit derselben Berechtigung die Abneigung gegen Steuerleistungen als Begründung für die völlige Steuerfreiheit der Kapitalisten benehmen.

Nicht vom Standpunkt des einzelnen aus, sondern vom Standpunkt der Reichsfinanzen und der Notwendigkeit der gerechten Durchführung der Steuergeetze muß die Stellung zum Bankgeheimnis und Depotzwang bestimmt werden. Bei der Neigung großer Kreise der Kapitalisten, sich jeder Steuerleistung zu entziehen, und angesichts der reißenden Heranziehung des Arbeitseinkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger zur Steuerleistung, kann auf Kontrollmaßnahmen nicht verzichtet werden. Wollte man die Auskunftslosigkeit der Kreditinstitute nach den Wünschen der Banken auf solche Fälle beschränken, in denen wegen Verdachts der Steuerzuwiderhandlungen ein Strafverfahren eingeleitet ist, so würde das nur die Steuerhinterziehung legalisieren.

Mag den Bankkreisen auch die Absicht fernliegen, die gesamte politische Lage zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu benutzen, so ist das doch der Eindruck, den ihr Vorgehen erzeugt hat. Damit rufen sie aber schwere innerpolitische Auseinandersetzungen hervor. Denn weite Kreise der Bevölkerung verlangen an Stelle des Abbaues der Kontrolle der Steuerleistungen der Besitzenden deren Ausbau. Sie wollen die Offenlegung der Steuerlisten, damit die Möglichkeit geschaffen wird, die kapitalistischen Kreise ebenso reiflos zur Steuerleistung heranzuziehen wie die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Aber auch außenpolitisch ist das Vorgehen der Banken unklug und schädlich. Es hat bereits jetzt dazu geführt, daß im Auslande erneut die Meinung verbreitet wird, daß die deutschen Kapitalisten sich der Steuerleistungen entziehen wollen. Wir möchten deshalb hoffen, daß man von der Forderung nach Befreiung der Auskunftslosigkeit und der Aufhebung des Depotzwanges Abstand nimmt und nicht Poincaré Waffen liefert, die nicht nur die deutschen Kapitalisten treffen, sondern das gesamte deutsche Volk.

Gegen die Politik der Gewalt.

Eine englische Stimme.

In der neuesten Nummer des *New Leader*, der großen Zeitschrift der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, schreibt deren Herausgeber, Genosse H. R. Brailsford, über den „Fehltschlag des Militarismus“, die bisherigen Ergebnisse der Ruhrinvasion entsprächen allen Voraussetzungen; Frankreich erhalte keine Reparationen mehr, es habe das Wirtschaftsleben an der Ruhr desorganisiert, es habe Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengeschweißt, und jeder Versuch der Anwendung militärischer Gewalt zur Bezwingung der standhaften Rassen habe mit einer erniedrigenden Niederlage der Franzosen geendet.

„Es ist dies ein wunderbares Schauspiel nationaler Einigkeit und Bürgermutes und das erlauchtste Beispiel der Macht, die in der passiven Resistenz liegt, das die Geschichte unserer Generation jemals geboten hat.“

Die weiteren Pläne Frankreichs bedeuteten „Zwangsbearbeitung mit Verlesung als „Sanktion.“ Ludendorff habe bei den belgisch-französischen Deportationen nichts Schlimmeres begangen. Brailsford kritisiert energisch die Haltung der Regierung Bonar Law, deren Mitglieder in dem Vorurteil der alleinigen deutschen Kriegsschuld noch immer befangen seien. Er wendet sich scharf gegen diese These und erklärt, daß es jedenfalls nicht die jetzige deutsche Republik sei, die diesen Schuldanteil trage.

Brailsford bekundet sodann offen seine Sympathie für Deutschland und seine Hoffnung, daß der französische Militarismus, dessen Ziele die schlimmste Bedrohung unserer gemeinsamen Kultur bedeuten, eine völlige Niederlage erleiden werde. Er verlangt schließlich die völlige Revision des Versailler Vertrages und die Schaffung eines neuen Friedens auf Grund von Verhandlungen.

Solidaritätskundgebung der tschechischen Gewerkschaften.

Der Zentralschuss der tschechischen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei beriet in seiner letzten Sitzung auch die durch die Befreiung des Ruhrgebietes geschaffene Lage und sprach sich gegen jede gewaltsame Lösung des Konfliktes aus, die nur neue wirtschaftliche Schäden verursachen könnte, ohne zu einem günstigen Ergebnis zu führen. Die deutsche sozialistische Bevölkerung anerkennt die Ansprüche Frankreichs, soweit es sich um Wiedergutmachung der Schäden in den zerstörten Gebieten handelt. Die militärische Befreiung stützt nur jene Kräfte, die sich gegen jede Entschädigung stellen. Der Zentralschuss der tschechischen Gewerkschaften ist dafür, den Streit dem Völkerverbund vorzulegen, damit dieser prüft, ob und in welchem Maße und in welcher Zeitdauer Deutschland fähig ist, die aus den Zerstörungen französischer Gebiete erwachsenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Zentralschuss ruft die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft auf, darauf zu achten, daß im Sinne des Internationalen Gewerkschaftskongresses jeder Gefahr eines kriegerischen Konfliktes entgegengetreten wird und die Aktionen unterstützt werden, zu denen die gewerkschaftlichen Organisationen auffordern.

Eine holländische Gewerkschaft spendet 45 Mill. Mark.

Amsterdam, 20. Januar. (WTB.) Wie das Allgemeine Handelsblatt meldet, hat der Ausschuss des Bundes niederländischer Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschereien, Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken dem Niederländischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund die Summe von 3500 Gulden für die Arbeiter des Ruhrgebietes zur Verfügung gestellt (gleich circa 45 Millionen Papiermark. Red. d. „B.“).

Eine schwedische Kundgebung.

Stockholm, 29. Januar. (WTB.) Der in Stockholm tagende linkssozialistische Kongreß faßte folgenden Beschluß: Die Sozialdemokratische Linkspartei empfindet es im Augenblick ihrer Wiedervereinigung mit der alten sozialdemokratischen Arbeiterpartei als unumgängliche Pflicht, jetzt wo sich die Gewalt in der europäischen Politik breit macht und die Zivilisation um Jahrhunderte zurückzuwerfen droht, gegenüber der französischen imperialistischen Ruhr-Politik flammenden Protest zu erheben. Der Kongreß richtet die

eindringliche Mahnung an die Arbeiterbevölkerung Frankreichs, im Namen der Menschlichkeit dem Sieg der Gewalt über das Recht die Hilfe zu versagen, und äußert die Hoffnung, daß die übrigen Hauptorganisationen der Arbeiter sich dieser Resolution zwecks Erhöhung ihrer Wirkung anschließen möchten.

Die italienische Partei geht nach Hamburg.

Mailand, 29. Januar. (WTB.) Der Kongreß der Provinzialverbände der vereinigten italienischen sozialistischen Partei beschloß, an dem Kongreß für die Wiederherstellung der sozialistischen Internationale in Hamburg teilzunehmen. Ferner erhob er gegen die Befreiung des Ruhrgebietes durch die Franzosen Einspruch.

Die italienische Partei hatte während des Krieges die Zweite Internationale verlassen und zunächst beabsichtigt, sich der Moskauer Internationale anzuschließen. Doch lehnte sie in ihrer überwiegenden Mehrheit die 21 Bedingungen Sinowjews ab, was zu einer ersten Spaltung führte. Später wollte aber der von Serrati geführte Flügel den Anschluß dennoch vollziehen, woraus ein Abbruch der Partei entstand. Die große Mehrheit der Parteimitglieder, sowie die fähigsten Köpfe unter den Führern — Turati, Treves, Modigliani, Dragona u. a. — sind indessen der alten sozialistischen Partei treu geblieben, die übrigens mit etwa 80 Abgeordneten die weitaus stärkste Arbeiterfraktion im Parlament bildet.

Mit ihrem Beschluß, den alle Sozialisten Europas begrüßen werden, hat sich die italienische Partei auf den Boden des Aufrufes der Wiener Konferenz gestellt und damit ihrer fast siebenjährigen freiwilligen Isolierung aus der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende gemacht.

Der kommunistische Parteitag.

Die gefrige Tagung des kommunistischen Parteitages brachte die üblichen Mahnen und die Begrüßungsansprachen. Bei den Wahlen zeigte sich, daß die Berliner Linke bedeutend gegenüber den Vorschlägen der Zentrale in der Minderheit blieb. Als Vertreter der Exekutive der kommunistischen Internationale sprach Kolarow. Alle Begrüßungsansprachen standen unter dem Eindruck der Ruhrbefreiung und waren auf den gleichen Ton gestimmt, wie die Ausführungen Klara Zetkins am Vortage. Besonders stürmischen Beifall erntete der Vertreter der französischen kommunistischen Partei.

Zu Vorstehenden wurden Paul Böttcher (Leipzig), Stolzenburg (Eisen) und Wilhelm Bied (Zentrale) gewählt.

Ueber die politische Lage referierte Ernst Meyer (Zentrale). Die faschistische Bewegung, die eine Gefahr für das Proletariat bedeute, sei eine Folge der Passivität der Sozialdemokraten. Sie haben es nicht verstanden, durch die Tat sich der Rote der Arbeiter und auch der kleinbürgerlichen Schichten anzunehmen. Die Sozialdemokratie müsse auf dem demokratischen Wege das Interesse der Arbeiter wahrnehmen. Die Bourgeoisie benutze die bürgerliche Demokratie zu Maßnahmen gegen die Arbeiterkraft. Das Verhalten der SPD, die durch den Anschluß an die USP nicht gestärkt worden sei, sondern eine Zerfetzung in sich ausgenommen habe, steigere die Unzufriedenheit in den eigenen Reihen. Das Proletariat müsse sich entscheiden für die Sozialdemokratie oder die revolutionäre Partei. Für eine Zwischenpartei, sei kein Raum mehr. Auch in den Gewerkschaften wachse die Opposition gegen die Politik der Bureaukratie. Es sei Aufgabe der Partei, allen von der Not erfaßten Volksschichten zu helfen und sie gegen Ausbeutung zu schützen.

Der Staatsgerichtshof verwarf die Beschwerde des Bundes der Niederdeutschen gegen die vom preussischen Ministerium erlassene Auflösungsvorlesung.

Auch ein Allental ... Als das englische Königspaar gestern nachmittag von Sandringham nach London zurückkehrte, stellte sich ein früherer Soldat ihm in den Weg und schwang einen Revolver. Bei seiner Verhaftung erklärte er, er habe den König wegen der Arbeitslosenfrage sprechen wollen. Der Mann soll an einer Nervenkrankheit leiden, die er sich im Kriege zugezogen hat.

Schwebende Welt.

Von Bruno Frei.

Was ist fester als ein Haus? Selbstverständliches bewundern wir nicht; Häuser sind uns selbstverständlich, also wundern wir uns nicht, daß wir Stodwerk auf Stodwerk türmen und uns heimlich fühlen in schwindelhafter Höhe, wie auf festem Grund. Der ursprüngliche Mensch lebt auf der Erde, zu ihr hat er Vertrauen. Gegen die Unstabilität der Witterung schützt ihn Dach und Wand — aber er verläßt den Boden unter seinen Füßen nicht.

Wir aber bauen große Steinhäuser, und wenn wir keinen Platz haben, steigen wir einander auf die Köpfe und bauen Gebilde übereinander, in welchen die Bevölkerung mittelgroßer Ortschaften lebt und wirkt. Einer auf dem Kopf des anderen. Immer höher, immer unhaltbarer, immer billiger.

Wir sind dem Erdboden entwachsen; wir leben in der Luft. Schwebende Welt.

Eines Tages aber wird der geduldigen Materie die Last zu schwer. Die Böden lösen sich, die Mauern geben nach, die Eisenträger knicken, der Bau bricht ein, die schwebende Welt stürzt. Die Einwohner der mittelgroßen Ortschaft, die in dem zusammenbrechenden Hause leben und wirken, fällt einem räumlich begrenzten Erdboden zum Opfer. Tote, Verwundete ... Einsturzkatastrophen im Hofe-Haus.

Einen halben Tag lang, solange die Kerzen noch nachglühern, trauen wir der Materie nicht, die uns in unserem Kinderglauben getäuscht. Kann man fünf Treppen steigen und sich dann ausziehen und ins Bett legen? 35 Meter oberhalb des Erdbodens schwebend? Es sind doch nur Balken, Traversen und Zement! Kann man im Erdgeschoss gemütlich Abendbrot essen, wenn man weiß, daß eine Sekunde genügt, um von einem Trümmerturm begraben zu werden? Ein Angstgepenst quält mich in halbshlafender Zeit, seitdem ich die Zeichen von der Schuppenstraße gemäßen gesehen habe: die völlig neue Erkenntnis, ein Haus kann auch einstürzen! Unsere Welt ist aber eine Häuserwelt, das ganze Leben lebt man in Häusern, also kann das ganze Leben jeden Augenblick zusammenbrechen, einstürzen.

Alles schwebt. Ein Balken verläßt sich auf den anderen und alle zusammen auf den Ingenieur. Aber auf diesen kann man sich nicht verlassen.

Alles schwebt. Die Schichten der Gesellschaft bilden ein Haus, dessen Misse weithin sichtbar sind. Vorläufig ist der Ozean mit der Krone weggeflohen. Die Fassade aber steht noch da. Noch.

Alles schwebt. Die Völker bauen ewig den babylonischen Turmbau, nur bilden sie sich ein, daß er eine Pyramide darstellen muß, deren Gipfel zu sein Aufgabe des stärksten, auserwähltesten Volkes ist. Diese babylonische Verwirrung nennt man Rationalismus. Und deshalb muß auch der Schwebebau der Völkergesellschaft zusammenstürzen.

Es muß eben alles zusammenstürzen, an dem herumgestickt wird. Man soll keine Stodauflösungen machen. Man soll alles gleich von Grund auf gut und richtig machen: die Häuser, die Gesellschaft, die Völkergemeinschaft. Solides Fundament, einheitlicher Bau, kein Flickwerk, keine schwebende Welt.

Ruft tüchtige Baumeister zum Werk und fürchtet euch nicht, wenn sie den alten Bau einreißen, um den neuen um so sicherer zu errichten. Dieser darf nicht einstürzen, er soll für die Ewigkeit sein.

Alfons Pehold.

Von Hans Brodman.

Wenn irgend ein Mensch Rot, Elend, Dual, Hunger, die ganze Entsetzlichkeit eines freud- und lichtlosen Daseins bis zur Reize ausgekostet hat, so war es Alfons Pehold. Aber keiner hat trotz allem dunklen schmerzlichen Leid so nach der lichten Höhe des Lebens gestrebt wie er. Mit Pehold hat nicht nur das Proletariat einen seiner berufensten Sängere verloren, an Pehold verliert die ganze geistige Welt einen stillen, innigen, weh- und leidetfüllen Dichter. Pehold, der seinen Vater im mittelalterlichen Zwang eines Siechenhauses verkommen sah, dessen Mutter vor seinen Augen an Hunger und Entehrung starb, rang all die Jahre seines qualvollen Daseins wie ein Verzweifelter, um nicht zu viel häßliches aus diesem Leben mit hindürräumen. Den Keim zu seinem frühen Tode legte folgendes Erlebnis: Raum aus der Schule entlassen, heißt es: Geld verdienen! Pehold schlägt sich als Bergarbeiter, Straßensänger, Kutsher, Fabrikarbeiter, Hausdiener, Vausbursche usw. durchs Leben. Eines Tages erkrankt er an einem Lungenleiden. Etwas erholt, nicht geheilt, will er nach kurzer Zeit seine Stelle als Hausbursche wieder antreten. Er glaubt sich für seine Krankheit entschuldigen zu müssen. Demütig steht er vor dem Geschäftsführer. Raub und grab fährt ihn dieser an: „Faulenzler können wir nicht brauchen. Hier ist Ihr Arbeitsbuch und der Lohn für die acht Tage der Kündigung. Sie können sofort gehen.“

Eine furchtbare Zeit hebt an. Arbeitslosigkeit, Hunger, Obdachlosigkeit verfolgen den Dichter. Diese Zeit wird aber auch die Ursache zu dem Weiden, das Pehold jetzt hinweggerafft hat. Lungen- tuberkulose! Der Mensch, der die meiste Zeit seines Lebens liegend zubringen mußte, der sich das Hirn blutig geschunden hat, um aus dem Erlös seiner Arbeit Frau und Kind zu ernähren, war zu schwach, um einen Grippeanfall zu überwinden. Und doch dachte dieser stille Dichter immer mehr an das Weiden seiner Mitmenschen als an das seine. Als er vor zirka zwei Jahren wieder schwer erkrankt war, schrieb er mir aus dem Krankenhaus folgende Zeilen: „Wäre mir die Dichtkunst nicht Arbeit um liebe Brot geworden, könnte ich noch meine Arme tüchtig rühren, ich würde nicht viele Zeilen mehr schreiben. Was nun meine Krankheit betrifft, so habe ich in der Heilanstalt unvergleichlich mehr Leid gesehen. Wir schenken die Hände oft von den Schmerzen ihrer Bewohner gefälligst, und ich glaube ich, sie müßten zu schreiben beginnen.“

In dieser Zeit erwarb Pehold bei seiner Rückkehr wieder einmal gräßlichste Not. Wieder stand das Gespenst des Hungers vor seinen Augen, verzweifelt denkt er an Weib und Kind. Aber es

gelang damals, einmal einen hellen Sonnenstrahl in sein armseliges Leben zu schicken. Auf einen Zufall fanden sich hilfsbereite Menschen, die die schlimmste Not verhinderten. Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Licht schuf ihm ein Heim, Freunde richteten ihm eine Buchhandlung ein, die er mit Liebe und Hingabe führte. Das Elend ist ihm trotzdem treu geblieben, und doch rang Pehold sich zu dem verkündenden Evangelium durch: „Suche in jedem noch so häßlichen Dinge die Liebe, die Schönheit und die Güte.“ Immer war sein Herz voller Sehnsucht, voller Hoffnungen. Es klingt beinahe unsagbar, daß dieser Mensch aus tiefer Seele hoffend sagte:

„Einmal werden sich die Tage ändern, Leuchtend werden, wie ein Baum im Frühling; Gott wird stehn an allen Strohenenden Und aus jedem Herzen Güte schürfen. In den Häusern werden alle Dinge Wesen sein, die mit belebter Stimme Leise zu den frohen Menschen sprechen: „Welche Gnade, daß wir leben dürfen!“

Keiner aus der Gruppe der Arbeiterdichter war so berufen wie Pehold, die Noie und Leiden des Proletariats in dichterische Form zu gießen. Den Willen der Arbeiterkraft, die höchsten Gipfel geistlicher und seelischer Kultur zu erringen, hat Pehold in seinen Büchern „Das rauhe Leben“ und „Von meiner Straße“ ein bleibendes Denkmal gesetzt. Aus seinen Gedichtbänden „Volk, mein Volk“, „Der heilige Krieg“ klingen die geäußerten Seufzer um seine lebenden Brüder. Tiefe Gottgläubigkeit und innerste Hingabe tönt aus seinen beiden letzten Büchern „Einfuhr“ und „An Gott“. „Trotz alledem!“ „Heimat, Welt“, „Aus der Werkstätte des werdenden“ werden der Arbeiterkraft auf dem Wege „Aufwärts — vorwärts!“ Mahner und Führer sein. Zuletzt versuchte sich Pehold noch als Bühnenschriftsteller. Die Innobrueder Kammerspiele führten mit großem Erfolg sein Goethepiel „Sesenheim“ auf.

Der arme, gequälte, gemarterte Dichter ruht nun aus. Hingegangen ist der Sänger des Leides, der Schmerzen! Tief neigen wir uns und grüßen das Grab des Menschen, des Dichters Alfons Pehold. Ehren wollen wir ihm, indem wir seiner Kinder, seines Weibes, seiner Leidensgenossen gedenken. Es wird eine Ehrenpflicht nicht nur des Proletariats, nein, eine Ehrenpflicht der geistigen Welt Deutschlands und Oesterreichs sein, dafür zu sorgen, daß seine Familie nicht dem Schlimmsten ausgeliefert wird.

„Mit Sang und Klang durch Schwarzwalde und Alp“ ist eine wertvolle Bereicherung des Urania-Programms. Die Augen offen und die Herzen weit, wandert man durch Württemberg. Mit dessen Geisteshelden man bekannt wird, die wohl geeignet sind, uns den wahren Wert der Dinge schätzen zu lernen. Eine Serie feinsten Landschafts- und Innenaufnahmen, in der jedes einzelne Bild das Zeugnis einer hochentwickelten photographischen Technik ist, bestückt das Arbeitsbuch. Viel Glück, begleitet von historischer Kenntnis, hat in gewaltiger und weiser Beschränkung des Notwendigen herausgeschält. Unendlich seine Stimmungseize, die dem Heim- und Fernwehkranken Tränen in die Augen loden, teilen sich einem

Die Suche nach einem Ausweg.

Eine französische Stimme für Verständigung.

Der bekannte oppositionelle Schriftsteller Robert de Jouvenel, der im „Deuvre“ während der letzten Wochen des verflochtenen Jahres für eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems eingetreten war und den Einmarsch ins Ruhrgebiet bekämpft hatte, veröffentlicht in der Dienstagausgabe seines Blattes einen interessanten Artikel unter der Überschrift: „Wir können die Ruhr nicht mehr räumen. Wie werden wir von dort herauskommen?“ Er stellt fest, daß gegenüber der Erklärung der Reichsregierung, sie könne mit Frankreich nicht verhandeln, solange es die Ruhr besetzt halte, fast ganz Frankreich erwidere, man könne jetzt nicht vor dem deutschen Widerstand zurückweichen. Das sei mehr als eine Frage des Selbstverständnisses, es sei eine eminent praktische Frage: da die französische Regierung ihre letzte Karte ausgespielt habe, müsse man danach trachten, die Partie dennoch zu gewinnen. Es liege aber weder im deutschen noch im französischen Interesse, daß das Ruhrgebiet zerstört und der Schuldner Deutschland dadurch ruiniert werde.

Wir begrüßen es, daß es auch im bürgerlichen Frankreich erste Leute gibt, die sich um einen Ausweg aus der Sackgasse bemühen, in die Europa, und vor allem Frankreich, durch den Gewaltakt an der Ruhr geraten ist. Wir begreifen auch, wenn selbst politische Gegner Poincarés erklären, eine Lösung zu bekämpfen, die einer Kapitulation Frankreichs gleichkäme und von der sie einen „Triumph des Alldeutstums“ befürchten, „unter dem vor allem Deutschland selbst und die internationale Demokratie leiden würden“.

Nach unserem Dafürhalten stellt sich die Frage doch etwas anders: dem deutschen Volke ist durch den Einmarsch ins Ruhrgebiet Unrecht geschehen. Darüber gibt es in ganz Deutschland und darüber hinaus in den weitesten Kreisen des Auslandes nur eine Meinung. Wahrscheinlich ist sich sogar Jouvenel dessen bewußt, daß der Rechtsstandpunkt Poincarés moralisch und formell unhaltbar ist. Der Kampf an der Ruhr ist zu einer Kraftprobe zwischen französischem Militarismus und organisierter deutscher Arbeiterschaft geworden. Verhandlungen, die durch diesen militärischen Druck erzwungen wären, bedeuteten eine Sanktionierung dieses Rechtsbruches und einen Triumph der französischen „Alldeutschen“. Sie bedeuteten infolgedessen eine Niederlage der internationalen Demokratie, deren Kuhnheier zugleich die deutsche Reaktion sein würde. Jedenfalls legen gerade wir Sozialdemokraten den größten Wert darauf, daß bei diesen Verhandlungen die Rechtefrage unbedingt und ein für allemal, sei es durch Ueberweisung an den Haager Schiedsgerichtshof oder durch Entscheidung des Völkerbundes, endgültig geklärt werde. Geschieht das nicht, würde dies eine Verewigung der militärischen Drohung bedeuten, deren vertragswidrige Ausführung wir jetzt erleben.

Wir begrüßen es, daß Jouvenel die „automatische Räumung des Ruhrgebiets“ als das Ergebnis solcher Verhandlungen bezeichnet. Ob „Voraussetzung“ oder „Ergebnis“, davon soll natürlich die durch die Invasion aufs höchste gefährdete Zukunft Europas nicht abhängen. Aber die Räumung müßte jedenfalls das sichere und sofortige Ergebnis dieser Verhandlungen sein. Es müßte, auch wenn die Verhandlungen nicht gleich zum Ziele führen, als das Resultat einer beschleunigten internationalen Schiedsgerichtlichen Entscheidung hervorgehen — über deren Charakter wir, und wahrscheinlich auch Jouvenel, nicht im Zweifel sind. Und diese Verhandlungen wären mit der gesamten Entente zu führen, nicht aber allein mit den Mächten, die es auf sich genommen haben, den Vertrag zu brechen und wehrloses deutsches Gebiet militärisch zu besetzen.

Auf dieser Grundlage müßten sich alle diejenigen leicht finden können, die um die Wahrung des internationalen Rechts, um die Niederlage der internationalen Reaktion und um den Sieg der internationalen Demokratie aufrichtig bemüht sind.

mit. Bis in die verstecktesten Eigenarten hinein wurden dem Sonnenlicht und der Abenddämmerung, dem frischen Taub und den Blüten, dem heraufziehenden Gewitter, dem Schnee und dem Mondlicht alle Schönheiten abgelaußt. Man empfand die Traulichkeit der alten Städtchen und die Raumwirkung prächtiger Kirchen. Ein Kranz mustaltischer Darbietungen umschlang diesen Vortrag, der, in klug abgewogener Steigerung aufgebaut, den Hörern und Zuschauern sehr viel geb.

Wohnungsnot und Gesundheit. Einen Ueberblick über die schweren Gefahren, die die heute herrschende Wohnungsnot für die Volksgesundheit mit sich bringt, gab Dr. Krautwig in einem Vortrag, über den in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird. Die Wohnungsnot schädigt die Lebenskraft weiter Volksmassen, erschwert die Heilung und begünstigt das Entstehen von Erkrankungen. Die gesundheitlichen Schädigungen der Wohnungsnot machen sich nur langsam bemerkbar, sind aber deshalb nicht weniger verhängnisvoll. Durch das enge Zusammenleben vieler häufen sich die Schmutzkrankheiten und vornehmlich auch bei längerer Einwirkung die Infektionskrankheiten. Bevölkerungspolitisch ist die Wohnungsnot deshalb so gefährlich, weil sie die Familiengründung und Familienentfaltung hindert. Der Geburtenrückgang wird dadurch beschleunigt und verstärkt, ebenso die sittliche und gesundheitliche Verkümmierung kinderreicher Familien. Je größer die Wohnungsnot wird, um so mehr muß die Ausstattung der Krankenhäuser, der Entbindungsanstalten und des Fürsorgewesens gefördert werden, und es muß darauf hingearbeitet werden, daß die Wohnungsverhältnisse im Rahmen der gesundheitlichen Familienfürsorge umfassend und wirksam ausgebaut wird.

Amerikanische „Krebswogen“. Die amerikanische „Gesellschaft für Krebsbekämpfung“, die jetzt bereits auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, hat sich die Aufgabe gestellt, Kenntnisse zu verbreiten von den Symptomen, der Diagnose, der Behandlung und Verhütung der Krebskrankheit, die Bedingungen zu erforschen, unter denen die Krankheit gefunden wird, und soviel wie möglich statistisches Material zusammenzutragen. Diese Gesellschaft veranstaltet alljährlich eine besondere „Krebswoche“, in der mit allen verfügbaren Kräften unter Mitwirkung aller amerikanischen Ärzte Aufklärung über die furchtbare Krankheit ins Volk getragen wird. Die letzte „Krebswoche“, die im November 1922 stattfand, hat, wie Emil Simon in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet, besonders große Erfolge aufzuweisen gehabt, und man hofft, wenn diese Propaganda noch einige Jahre fortgesetzt wird, fast nur noch frühe Fälle zu Gesicht zu bekommen und so der Krankheit Herr zu werden.

Die „Geschichte der Szene“ wird Dr. Hans Rebede auf Einladung der Volkshäuser in einer Reihe von vier Vorträgen, deren erster am 3. Februar in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster stattfindet, behandeln.

Erste im Januar. Am sogenannten Obergärtchen, dem südlichen Teile des Münchener Arcisplatzes, ist die Erste noch immer nicht beendet. Es fehlt noch eine große Menge Steine und drängen, von dem man einen erheblichen Teil einzubringen hofft. Es geht auch zu hoffen, daß die noch im Boden befindlichen Karloffeln gerettet werden.

Bayern im Reichstag.

Ausschußdebatte über Hitlers Sieg.

Wann greift das Reich ein?

Die Münchener Vorgänge am Sonntag gewinnen ein immer skandalöseres Ansehen, je mehr die Einzelheiten bekannt werden. Die bayerische Regierung, die mit stolzen Worten die Verhängung des Belagerungszustandes als ausdrücklich gegen die nationalsozialistischen Machenschaften gerichtet bezeichnete, hat eine vollständige Niederlage erlitten. Hitler hat sich zweifellos als Herr der Situation gezeigt. Fraglich ist nur noch, ob die bayerische Regierung und insbesondere der bayerische Innenminister Schwegler, dem man für die kritischen Tage die Funktion eines „Generalstaatskommissars“ übertragen hatte, diese Niederlage nicht selbst gewünscht hat. Das einzig positive Ergebnis des Belagerungszustandes bleibt das Verbot sozialistischer Versammlungen, wie das dauernde Verbot des Münchener kommunistischen Organs, der „Neuen Zeitung“. Wenn in offenbar offiziös inspirierten Meldungen die Regierung behauptet, der Ausnahmezustand sei keine Maßnahme gegen links gewesen, und die für Freitag vorgeesehenen sozialdemokratischen Versammlungen wären ohne weiteres genehmigt worden, „wenn die Partei um eine Genehmigung nachgesucht hätte“, so wird jeder wissen, wie eine solche „Verlautbarung“ einzuschätzen ist. Der Reichsinnenminister Dejer hat im Haushaltsausschuß des Reichstages keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch er die Maßnahmen der bayerischen Regierung ähnlich beurteilt. Es ist unmöglich, für eine jede Regierung, die für Deutschland irgendeine Verantwortung übernehmen will, sich weiter diesen Dingen gegenüber passiv zu verhalten. Die nationalsozialistischen Barden, deren Sieg zu einer ungeheuren Katastrophe führen müßten, müssen ein für allemal zu spüren bekommen, daß die Republik jeden Versuch, ihr die Staatsgewalt zu entreißen, rechtzeitig zu verhindern weiß. Das Reich muß endlich um seiner selbst willen eingreifen.

In der Montagssitzung des Haushaltsausschusses nahm bei der Aussprache über den Etat des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers Genosse Hermann Müller-Frankenthal Anlaß, die Vorgänge in Bayern zu erörtern. Der Belagerungszustand sei nur gegen links angewendet worden. Dagegen habe man die nationalsozialistischen Versammlungen in geschlossenen Räumen gestattet und auch den öffentlichen Umzug nicht verhindert. Werde diese ungleiche Praxis aufrechterhalten, dann seien die schwersten Auseinandersetzungen auch außerhalb Bayerns nicht zu vermeiden. Auch über die Wirkung der Ungleichheit auf das Ruhrgebiet solle man sich keinen Täuschungen hingeben. Ist es wahr, daß der Umschwung in der Haltung der bayerischen Regierung durch das Eingreifen des Kommandeurs der Reichswehr, General v. Lossow, herbeigeführt worden ist? Auch die Anwerbungen im Ruhrgebiet für die Reichswehr erforderten die größte Aufmerksamkeit der Regierung. Diese aus allen möglichen Elementen zusammengesetzten Trupps, von denen einer ja auch nach Berlin gelangt sei, gefährden die öffentliche Ordnung. In Berlin habe man sogar der Regierung ein Ultimatum gestellt, wegen der Unterbringung in Kasernen. Wir verlangen eine klare Erklärung der Regierung, daß die Reichswehr nicht vermehrt wird und daß Anwerbungen für sie nicht erfolgen.

In der Aussprache meinte Abg. Dr. Beyerle (Bayr. Sp.), man müsse doch das Verhalten der bayerischen Regierung, die der Ungeheuerlichkeit habe entgegengetreten wollen, anerkennen. Versammlungen in geschlossenen Räumen sei doch ungefährlicher als Straßenumzüge. Der Vorwurf des Umfalls der bayerischen Regierung sei nicht berechtigt.

Minister Dejer erklärte, die Reichsregierung sei noch nicht im Besitz amtlicher Informationen, auch die Ausnahmeverordnung sei ihr noch nicht zugegangen. Die bayerische Regierung habe sich allem Anschein nach von der Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Bewegung überzeugt. Es sei allerdings nicht zu leugnen, daß die profishe Anwendung der Verordnung nur gegen die Sozialdemokratie erfolgt sei, die auf dem Boden der Verfassung stehe, nicht aber gegen die, die die Verfassung gewaltsam stürzen wollten. Andererseits dürfe man nicht verkennen, daß die Zersplittertheit der Reichswehr die Verhandlungsbereitschaft Hitlers zur Folge gehabt hätte. Auf diesem Boden sei wohl die Vermittlung der Reichswehr erfolgt, um Zusammenstöße zu vermeiden. Minister Dejer bestätigte ferner Müllers Angaben über die Anwerbung von Arbeitern aus dem Ruhrgebiet, die sich in Berlin mit der Hitler-Garde gemischt hätten, die nach München fuhr. Die Reichsregierung lehne jede aktive Gegenwehr gegen Frankreich ab. Wenn die Anwerbungen weitergehen, müßten Ausnahmemaßnahmen getroffen werden.

Abg. Dr. Heißerich (Dnat.) meinte, die Ruhe in München zeige den Erfolg des Verhaltens der Regierung. Das Verhalten der „Roten Fahne“ sei skandalös. Auch dagegen müsse eingeschritten werden.

Ein bayerischer Regierungsovertreter betonte, es sei der Wunsch der bayerischen Regierung gewesen, Schlimmerem vorzubeugen. Das habe sie erreicht, also einen großen Erfolg (!) davongetragen.

Genosse Müller-Frankenthal stellt dann noch einmal fest, daß in München nicht mit gleichem Maße gemessen worden sei. Zweierlei Maß aber lassen wir Sozialdemokraten uns nicht gefallen. Wir werden deshalb die Aufhebung des Ausnahmezustandes beantragen, zumal die Schutzgesetze vollkommen ausreichen, wenn man sie anwenden will. Die Antwort des Ministers Dejer über die Beteiligung der Reichswehr an dem Umschwung der bayerischen Regierung sei ungenügend. Wenn die Reichswehr zuverlässig ist, dann dürfte es doch wohl auch nicht richtig sein, daß Herr v. Lossow auf den Rückzug der bayerischen Regierung hingewirkt habe. Nicht unwahrscheinlich ist allerdings auch, daß die bayerische Regierung sich hinter v. Lossow verrochen habe. Was richtig ist, muß festgestellt werden. Wir verlangen auch genaue Feststellung über die Geldgeber für die Extrazüge und die Briefschaften, gespickt mit Zehntausend-Markscheinen.

Minister Dejer hat keine Bedenken gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes, will aber noch abwarten. Kapitän Ehrhardt sei nicht aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen. Seine Entlassung sei auch nicht beabsichtigt. Abg. Graf-Thüring (Dnat.) greift die thüringische Regierung an und fordert Aufhebung des Belagerungszustandes für Gera.

Der Kampf um Schwegler.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Auseinandersetzungen über die Politik der bayerischen Regierung gegen die Nationalsozialisten zeigen, daß lediglich die Presse der Bayerischen Volkspartei die Maßnahmen der Regierung billigt und verteidigt. Sowohl von der Linken wie auch von der Rechten wird die Verhängung des Ausnahmezustandes als Mißgriff bezeichnet. Das Organ der Bayerischen Volkspartei behauptet, daß die besagte Taktik der Regierung, die Nationalsozialisten zur Unterwerfung unter die Gesetze gezwungen habe. Diese bedingungslose

Verteidigung der so kläglich gescheiterten Aktion ist darauf zurückzuführen, daß es einflussreiche Kreise der Bayerischen Volkspartei waren, die ein solches Vorgehen verlangten. Es wird allerdings unwiderprochen in der Presse behauptet, daß sich der Ministerrat für die Verhängung des Ausnahmezustandes der Zustimmung sämtlicher bürgerlichen Fraktionen des bayerischen Landtages versichert hat. Die Bayerische Volkspartei scheint sich aber über den Charakter der bayerischen Polizei, die von dem früheren Polizeipräsidenten Poehner organisiert worden ist, keine Rechenschaft gegeben zu haben, als sie die Regierung zum Eingreifen antrieb. Die parteiamtliche bayerische Volkspartei-Korrespondenz greift heute den Polizeipräsidenten Kory heftig an, weil er angeblich Hitler zu weit entgegengekommen sei. Die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung“ hat an dem Ausnahmezustand lediglich anzusehen, daß er gegen die Nationalsozialisten verhängt worden ist und der Linken die Möglichkeit gegeben sei, im ganzen Reich Stimmung gegen Bayern zu machen.

Die von den „Bereinigten Vaterländischen Verbänden“ beherrschten „Münchener Neuesten Nachrichten“ unternehmen unter der sensationellen Überschrift „Die Krise in Bayern! Wechsel im Ministerium! Wahl eines Staatspräsidenten!“ einen heftigen Vorstoß gegen den Innenminister Dr. Schwegler, für dessen Rücktritt nach ihrer Meinung der absolute Zwang besteht. Die Staatsregierung habe sich um jede Autorität gebracht. Die wechselnden Verbote und Erlaubnisse der nationalsozialistischen Versammlungen hätten jeden Ernst vermissen lassen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes habe das „staatsliche Prestige“ Bayerns in Deutschland und der Welt ganz außerordentlich geschädigt und dadurch den Eindruck erweckt, als ob in Bayern der Bürgerkrieg vor der Tür stünde. Es sei infolgedessen zu befürchten, daß Frankreich und die Tschechoslowakei zu einer aktiven Politik gegen das rechtsrheinische Bayern schreiten würden, dessen nationale Widerstandskraft durch diesen inneren Konflikt geschwächt erscheine. Das könne nur durch den Rücktritt Dr. Schweglers wieder gulgemacht werden. Aus den bestehenden Verhältnissen zieht das Blatt die Schlussfolgerung, daß nicht eine Aenderung in der Zusammensetzung des Ministeriums, wohl aber die sofortige Wahl eines Staatspräsidenten die starke nationale Disziplin und Unterordnung wieder herstellen könne.

Dieser Vorstoß der organisierten bayerischen Reaktion in ihrem Hauptorgan zeigt deutlich, mit welchen Hoffnungen sie die Situation betrachtet. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß das Blatt die Sozialdemokraten als die allein Leidtragenden des Ausnahmezustandes bezeichnet und sie für seine Ministerstürzerei zu gewinnen versucht.

Deutschvölkische Drohungen.

Die Regierung fügt sich.

Nach einem Bericht der B.S.-Korrespondenz hat der Abgeordnete v. Graefz-Goldbeek im Auftrage der Parteileitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei beim Reichskanzler gegen die polizeilichen Maßnahmen der thüringischen Regierung in Gera protestiert, die bekanntlich einen Zug von 300 Hitler-Männern nach München in Gera zum Stehen brachte. Wie die Korrespondenz meldet, soll Reichskanzler Cuno daraufhin die Freilassung der festgenommenen Nationalsozialisten verfügt haben. Die Korrespondenz teilt mit, daß die Parteileitung sich damit nicht zufrieden geben wolle, sondern gegen die „verfassungswidrige Einmischung der Behörden vorgehen und gegen die Regierung den ihr ausgenommenen Kampf mit allen gesetzlichen Mitteln aufnehmen will“. Das Vorgehen der Regierung sei nur geeignet, die Erregung in weitesten Kreisen ihrer Mitglieder zu verschärfen und es könne der Fall eintreten, daß „aus dieser Erregung heraus einzelne Personen sich zu Vorkommnissen hinreißen ließen, für welche die Parteileitung die Verantwortung ablehnen müsse“.

Die Sprache, die die Organisatoren politischer Morde in Deutschland sich erlauben können, ist nur die Folge der teils offenen, teils geheimen Unterstützung, der sich diese Gesellschaft in den Kreisen der Schwerindustrie wie der Verwaltungsbürokratie erfreut. Wenn die Regierung Cuno sich gegen die Gefahr, daß bewaffnete Barden über die Regierung und das Land herrschen, nicht rechtzeitig sichert, dann können uns auch im übrigen Deutschland ähnliche Zustände blühen, wie sie in Bayern jetzt an der Tagesordnung sind.

Drohende Gefahren!

Zerreißung Deutschlands durch französische Truppen! Butschabschlachten in Bayern! Sprunghafte Steigerung des Dollarkurses! Sinken der Mark ins Bodenlose!

Das sind Dinge, die heute jeden im Volke in allen seinen Interessen treffen! Da ist es erforderlich, daß er dauernd über die politischen Vorgänge informiert wird. Er muß deshalb den „Vorwärts“ abonnieren, der als einziges sozialdemokratisches Blatt Berlins zweimal täglich über alle politischen, wirtschaftlichen, lokalen und kulturellen Dinge unterrichtet. Jeder Leser werde zum 1. Februar noch einen neuen Abonnenten für den

„Vorwärts“!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seit n. l. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Schließt die Reihen!

Die deutsche Arbeiterschaft steht im Trommelfeuer der Preissteigerungen, der sprunghaften Entwertung der Löhne, der verheerlich anwachsenden Arbeitslosigkeit. Seit der Demobilisierung hat es noch nie eine so riesige Arbeitslosigkeit gegeben. In der Textilindustrie allein waren Ende Dezember mehr als ein Viertel aller Beschäftigten entweder arbeitslos oder auf Kurzarbeit gestellt. Zugleich droht durch die französische Invasion die reaktionäre Flut in Deutschland die Errungenschaften der Revolution wegzuspülen. In dieser höchsten Not haben die Gehalts- und Lohnempfänger nur einen festen Rückhalt: ihre Organisationen.

Was aber tun die Kommunisten gerade jetzt? Sie, die von sich einmal behauptet haben, für die Einheitsfront des Proletariats zu sein, sie bemühen die Not des Proletariats, um ihm in den Rücken zu fallen. In allen Organisationen arbeiten die kommunistischen Sprengstoffkornen mit Hochdruck. Bei den Holzarbeitern, den Bekleidungs- und Metallarbeitern, bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern, bei den Eisenbahnern, den kaufmännischen Angestellten, überall wird jetzt von den Kommunisten Sturm geblasen. Aber nicht etwa gegen das Unternehmertum, nicht etwa gegen das Kapital und die Reaktion. Der kommunistische Generalangriff geht gegen die Gewerkschaften. Diese werden berannt. Die Gewerkschaftsführer sind der Feind, gegen den die Kommunisten ihre Angriffe richten. Diese niedrige Absicht kann nur mit niedrigen Mitteln ausgeführt werden. Der Zweck dieser Sturmparade ist in Wirklichkeit die Eroberung einiger Gewerkschaftsposten, um dann von hieraus auf Kosten der Mitglieder die von Rostau ausgehenden politischen Parolen ins Werk zu setzen. Der Schutz der Arbeiter gegen die Entwertung der Löhne ist die allerletzte Sorge der Kommunisten.

Gegen dieses kommunistische Vorgehen müssen unsere Genossen überall energisch Front machen. Heute hängt alles ab von der Einigkeit und Entschlossenheit der Arbeiterschaft. Wer die zu zerstören sucht, der arbeitet für Stinnes und Ludendorff, der ist ein Feind der Arbeiterschaft. Voran muß festgehalten werden. Teht ist weniger als je Laubheit am Plage. Wenn die wirtschaftliche und politische Reaktion nicht fagen soll, müssen ihre Kerntuppen, die Kommunisten, in die Schranken gemiesen werden.

An die Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins!

Dem Beschluß der gemeinsamen Plenarversammlung der Gewerkschaftskommissionen Berlins und Umgegend und des Ortsartikels des AFD-Bundes vom 21. Januar folgend, haben die unterzeichneten Leitungen der örtlichen Spitzenorganisationen, wie bereits in unserem Aufruf vom 27. Januar bekanntgegeben worden ist, die erforderlichen Maßnahmen für eine eigene Sammlung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft unter dem Titel

Ruhrhilfe

eingeleitet. Die Mittel hierzu sollen durch Sammellisten aufgebracht werden, die bereits den Organisationen zur Weiterleitung zugestellt sind.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, namentlich für schnellste Verbreitung der Listen zu sorgen.

In die Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins richten wir das dringende Ersuchen, zum mindesten

einen Stundenlohn

auf diese Listen zu zeichnen und damit erneut zu beweisen, daß sie, wenn der Missetat in Not geratener Arbeitsrüder und deren Familien an sie ergötzt, in der Betätigung praktischer Solidarität mit an erster Stelle steht.

Wir erklären nochmals, daß die an uns abgelieferten Beiträge dem Beschluß der Plenarversammlung entsprechend verwendet werden.

Und nun, Kollegen und Kolleginnen, sammelt schnell, denn die Not ist groß; es werden darum auch große Mittel gebraucht.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Afa-Bund, Ortsartikel Groß-Berlin.

Die Zerstörer an der Arbeit.

In der Generalversammlung der Gemeindearbeiter am Freitag im Gewerkschaftshaus hatten die Rostauer Jünger das Bedürfnis, viel von sich reden zu machen. Nachdem der erste Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung, Genosse Polenske, den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr erstattet hatte, verhielten sich die Kommunisten, auf Anordnung der Rüstungsstelle, den Beweis zu erbringen, daß die bisherige Verwaltung ihren Pflichten nicht nachgekommen sei. Da ihnen dies jedoch nicht gelang, sie auch zum Geschäftsbericht nichts zu sagen wußten, ergingen sie sich, wie üblich, in allgemeinen Redensarten und Schimpfen in der widerlichsten Art über den „Berrat“ der Gewerkschaften und des AFD-B. Für die Entlohnung der Straßenarbeiter wurde die Gewerkschaft verantwortlich gemacht. Nach Aufstellung des kommunistischen Hauptredners, der gleichzeitig Mitglied des Hauptvorstandes ist, ist das Verhalten der Gewerkschaften und des AFD-B. in der Frage der französischen Invasion als „Berrat an der Arbeiterklasse“ zu bezeichnen. Der internationale Generalstreik soll als Antwort auf die Ruhrbesetzung einsehen; die Gewerkschaften wollten ihn aber nicht. Aus diesen Gründen müßte die bisherige Ortsverwaltung durch eine kommunistische ersetzt werden.

In dieser Weise bewegten sich die Reden aller übrigen Kommunisten. Als ein Redner unerwartet darauf hinwies, daß all die Dinge mit dem Geschäftsbericht nicht das geringste zu tun haben, wurde er durch den üblichen ohrenbetäubenden Lärm am Sprechen gehindert. Außerdem wurde dem „verrückten Kerl“, wie die Kommunisten ihn benannten, in Aussicht gestellt, daß man ihm „den Schädel einschlagen und ihn in den Kanal werfen werde“. Das einzige Sachliche, was der oben bereits erwähnte kommunistische Redner vorbrachte, war, daß er die präzise Wirtschaftslage des Reiches und der Kommunen anerkannte, und daß unter Berücksichtigung dieser Tatsache der Gewerkschaftsleitung es nicht möglich war, höhere Lohnergebnisse zu erzielen. In gleichem Atemzuge versuchte dieser Stratege aber nachzuweisen, daß die Organisationsleitung, der er selbst angehört, ihre Pflichten bei Verhandlungen nicht getan hätte. Von dem gleichen Redner wurde mehr Sparsinn von der Gewerkschaftsleitung gefordert. Man solle, wie das der Magistrat tue, den Personalbestand verringern.

Bei dem Punkt „Neuwahl der Ortsverwaltung“ und „Bestätigung der Angestellten“ verlangten einige Unentwegte der Lebensgruppe und einige „Neutrals“ die Urabstimmung. Mit Hilfe der Kommunisten brachten sie alsdann die erforderliche 2/3-Mehrheit für die Urabstimmung auf. Damit mochten sie eine noch malige Generalversammlung und die Beschaffung des Materials für die Urabstimmung notwendig, was eine finanzielle Belastung der Gewerkschaftskasse von ungefähr 500 000 M. bedeutet. Da die Erhöhung der Beiträge gleichfalls abgelehnt wurde, ist nicht recht ersichtlich, woher die Mittel dazu genommen werden sollen und ganz besonders nicht zu sehen, woher die von den Kommunisten geforderte „Sparsamkeit“ zu finden ist. Was diese Leute, besonders die

Kommunisten, mit dieser Urwahl bezwecken wollen, dürfte ihnen selbst nicht klar sein. Nach dem Stande der politischen Zugehörigkeit der Beschäftigten in den Kommunal- und Staatsbetrieben ist der Ausfall der Urwahl von den Kommunisten nicht zu hoffen; oder ist ihnen die Urwahl zum Verbandsbeirat schon aus dem Bedachtis geschwunden? Das verwerfliche und zugleich bedenkliche ist jedoch dabei, daß die Parteigänger Rostaus sich zu ihrer Propagandaentfaltung der finanziellen Mittel der Gewerkschaften bedienen. Dieses festzustellen halten wir für besonders wichtig, damit unsere Kollegen und Kolleginnen bei der stattfindenden Urwahl diesen Wölfen im Schafspelz die nötige Lektion erteilen können.

Versammlung

aller in der Mieterbewegung (Mietervertreter) tätigen Mitglieder der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei am Mittwoch, 31. Januar, abends 6 1/2 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18 Tagesordnung:

Das Reichsmietengesetz in der Praxis.

Referent: Genosse S. Kuhn, M. d. R.

Die Ausführungsbestimmungen des Berliner Magistrats zum Reichsmietengesetz werden ebenfalls behandelt. Wir erwarten pünktliches und zahlreiches Erscheinen. / Ohne Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt. Der Bezirksvorstand.

Die vorläufige Arbeitslosenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm in seinen beiden letzten Sitzungen Stellung zu einem Bericht seines Arbeitsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung und gab dem Gesetzentwurf, trotz gewisser grundsätzlicher Bedenken, in seiner vorliegenden Gestalt seine Zustimmung. Der Entwurf beabsichtigt die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit, die an die Stelle der bisher geübten Fürsorgeeinstellung des Staates treten soll. Er ist ausdrücklich als vorläufige Regelung einer Arbeitslosenversicherung gekennzeichnet, da er während der Uebergangszeit Fürsorgemaßnahmen für versorgungsbedürftige Arbeitslose vorsieht, gleichzeitig aber schon den auf Leistungen gegründeten Rechtsanspruch der Versicherten Genüge tun soll. Im Falle einer unerschütterten Arbeitslosigkeit, von Kurzarbeit, die durch die allgemeine wirtschaftliche Lage verursacht ist, und bei Eintritt von Krankheit während der Zeit der Arbeitslosigkeit soll den wirtschaftlich unselbständigen Unternehmern für sich und ihre Angehörigen gewährt werden. Der Kreis der Versicherten umfaßt grundsätzlich die der Krankenversicherung unterliegenden Berufsgruppen. Die ungleichartigen Risiken der einzelnen Berufe werden in Gefahrenklassen teilweise berücksichtigt; jedoch soll das Prinzip der Solidarität aller Berufsgruppen vorangestellt werden, um die Versicherung überhaupt tragfähig zu gestalten. Die Mittel sollen zu zwei Dritteln gemeinsam von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, zu einem Drittel vom Reich, Ländern und Gemeinden aufgebracht werden. Träger der Versicherung sollen die Krankenkassen sein.

Die Unternehmerverbände der Welt im Jahre 1922.

Die Hauptaktionen der Unternehmerverbände im vergangenen Jahre waren förmlich von der Weltreise bestimmt. Sie können in folgende drei Gruppen eingeteilt werden: 1. Herabsetzung der Produktionskosten, 2. Kampf gegen die Gewerkschaftsrechte, 3. Organisationsaufgaben.

Zur ersten Gruppe gehören ganz besonders die Lohnherabsetzungen und Verlängerung der Arbeitszeit, daneben auch die technischen Verbesserungen der Produktion.

Im Kampfe für die Lohnreduktion und gegen den Achtstundentag beriefen sich die Unternehmerverbände auf die Interessen der „nationalen“ Produktion, die sich auf dem Weltmarkt durch die Konkurrenz derjenigen Länder, welche bereits diese Maßnahmen getroffen hätten, bedroht fühlte. So entstand ein Wettlauf um den schleunigen Abbau der Errungenschaften der Arbeiterschaft, der sehr an den gleichartigen Rüstungswettlauf der Staaten erinnert und durch die bestehenden Schranken des Waren- und Menschenverkehrs gesteigert wird. Es fragt sich allerdings, ob es doch nicht einfacher wäre, diese Schwierigkeiten des Weltmarktkampfes nicht auf die eigenen Arbeiter abzuwälzen, sondern durch Uebereinkünfte über gleichzeitige Abschaffung der Zollschranken und Erleichterung der Wanderung aufzuheben. Es besteht zwar eine internationale Arbeitgeberorganisation; ihre Tätigkeit erzielt aber offenbar bessere Ergebnisse im Kampf gegen die Arbeiter, als in einer gemeinsamen Aktion zur Erleichterung des Weltverkehrs. Auch die Veruche der internationalen Arbeiterkonferenz, durch eine gleichartige Regelung der Arbeitsbedingungen in allen Ländern den traurigen Wettlauf zu verhindern, sind tatsächlich auf passiven Widerstand der Arbeitgeberkreise aller Länder gestoßen.

Bei der Durchführung der Lohnreduktion haben zwei Grundzüge einander gegenüberstanden:

Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung oder deren Anpassung an den möglichen Warenpreis. Im großen und ganzen kann man sagen: bei steigenden Preisen neigen die Arbeitgeber dem Prinzip der Anpassung an die Kosten der Lebenshaltung zu (Deutschland, Oesterreich); bei sinkenden Preisen suchen sie die Löhne den Möglichkeiten des Absatzes anzupassen (England, Amerika in der ersten Jahreshälfte). Von den Ländern mit sinkenden Preisen hat sich nur in Frankreich — wo übrigens die Preisentwertung nicht sehr bedeutend war — das Prinzip der Anpassung an die Lebenshaltungskosten durchgesetzt.

Die Bewegung der Unternehmerverbände gegen den Achtstundentag hat die ganze Welt erfasst; allen Ländern voran gehen die von der Krise heimgesuchten Länder des westeuropäischen Kontinents mit Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Schweden an der Spitze, aber auch Deutschland blieb diese Frage nicht erspart. Dagegen lag in England das Schwergewicht mehr auf der Frage der Lohnherabsetzung. In Amerika, wo die Regelung der Arbeitszeit viel zu wünschen übrig läßt, ist der Angriff der Unternehmer mehr gegen die Prinzipien der Organisationsfreiheit, des Tarifvertrages und der Betriebskontrolle gerichtet.

Was die Produktionsverbesserungen betrifft, so haben hierbei die Verbände eine geringere Rolle gespielt, als bei der Forderung der Arbeitsbedingungen; diese Frage wird jeder Unternehmer lieber für sich allein lösen. Von irgendwelchen gemeinsamen Maßnahmen ist nicht viel zu hören. Nur in Schweden hat der Industrieverband die Gründung einer „Standardisierungsmission“ zur Festlegung bestimmter Produktionstypen angeregt. Der Kampf gegen die Rechte der Gewerkschaften

hat gegenüber dem Vorjahre — als es galt, die beginnende Krise zu einer Gegenoffensive auszunutzen — an Bedeutung und Schärfe eingebüßt. Es ist bloß ein Nachklang der vergangenen Kämpfe, wenn sich die italienische Konföderation der Industrie oder der englische Maschinenbauverband scharf gegen die Arbeiterkontrolle der Betriebe ausspricht. Im übrigen hat sich der Kampf auf die

Fragen der prinzipiellen Anerkennung der Gewerkschaften. In manchen Staaten Nordamerikas sogar auf die Frage der Koalitionsfreiheit (das Anti-Straitgesetz im Staate Kansas) zurückgezogen. Daneben spielt die Bekämpfung des „closed shop“ (des geschlossenen, d. h. nur den Gewerkschaftsmitgliedern zugänglichen Betriebs) in den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle.

Die Organisationsfähigkeit der Unternehmerverbände wies während der Krise eine doppelte Tendenz auf. Für die allgemeine taktische Leitung sowie für Verhandlungen mit der Regierung oder mit dem Auslande ist Zentralisation am Plage. Viele Gewerkschaftszweige haben daher Spitzenorganisationen ins Leben gerufen. In Frankreich ist zum erstenmal ein allgemeiner Arbeitgeberverband in Aussicht genommen; in der Tschechoslowakei haben die deutschen und die tschechischen Unternehmer je eine Zentrale gebildet. Die Verbände Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands haben ein gemeinsames Nordisches Zentralbureau mit einem Aktionsprogramm (nämlich Lohnherabsetzung) errichtet. Endlich hat sich die Internationale Organisation der Arbeitgeber wesentlich verstärkt und hat neben der gewerblichen eine landwirtschaftliche Sektion gegründet.

Neue Lohnsätze der Transportarbeiter im graphischen Gewerbe.

Für die Transportarbeiter in den Buchbindereien, Briefumschlag- und Kontobuchbetrieben sowie Papier- und Pappeingroßhandel sind die Tarifverträge für die zweite Hälfte des Monats Januar zum Abschluß gelangt und können gegen Mitgliedsausweis im Bureau des Deutschen Verbandsbundes, Engelauer 24/25 II, Zimmer 31, in Empfang genommen werden.

Der Zentralverband der Malchläffen und Helzer teilt mit: Durch die Nachverhandlungen am 26. Januar stellen sich die Stundenlöhne der Arbeitnehmer der Groß-Berliner Privat-Elektrizitätswerke ab 17. bis einschließlich 30. Januar folgendermaßen: Gruppe I 590 M., Gruppe II 575 M., Gruppe III 565 M., Gruppe IV 525 M., Winderwerkbefähigte in Gruppe V 440 M., Frauen in Gruppe VI 400 M. Die Frauenzulage beträgt 576 M. monatlich, die Kinderzulage 1344 M.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Sammellisten für das Ruhrland sind ab heute Engelauer 24/25, Ausgang C, 1 Treppe bei dem Kollegen J. Belmann in Empfang zu nehmen. Mitgliedsbuch und Funktionärsausweis vorlegen. Die Ortsverwaltung.

Der Deutsche Holzarbeiterverband erwahrt alle Tischler, bei Zugang nach Hamburg äußerste Vorsicht walten zu lassen. Es besteht dort absolut kein Mangel an Tischlern. Im Gegenteil, es ist eine größere Anzahl Arbeitsloser vorhanden. Auf einigen Werken wird sogar verkürzt gearbeitet.

Achtung, Zimmerer! Das Bezirkslohnamt hat am 27. Januar folgenden Spruch gefällt: Vom 25. bis 31. Januar beträgt der Lohn pro Stunde 590 M.; die Werkzeugaufschlagung bleibt wie bisher mit 5 M. pro Stunde bestehen. Neue Verhandlungen finden am Mittwoch, den 31. Januar, statt.

Baugewerkschaft, Fachgruppe Glaser. Der Lohn beträgt vom 25. bis 31. d. M. 592 M. Gehilfen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 10 Proz. weniger.

Metallarbeiter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei!

Am Mittwoch finden folgende Fraktionszusammenkünfte der Betriebsvereine statt: Eisenformer und Berufsgewerkschaft 6 1/2 Uhr bei Reuther, Adersstraße 110. — Metallarbeiter 6 1/2 Uhr bei Müller, Schönleiner, 6. — Klempner: 6 Uhr in der Schule Roppenzie, Altes Zimmer. — Maschinenarbeiter: 6 Uhr im Rosenhäger Hof, Rosenhäger Straße, Heiner, Engel. — Schreiner und Schlosser: 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Coal 3, Engelauer 24-25. — Müller: 6 Uhr bei Böhmig, Brunnenstraße, 7. — Bauarbeiter: 6 1/2 Uhr bei Dörschel, Köppler, 7. — Klempner: 6 1/2 Uhr in der Schule Roppenzie, Reichenstraße. — Glaser: 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Coal 3, Engelauer 24-25. — Metallarbeiter: 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Coal 3. — Elektriker: 6 1/2 Uhr bei Reuther, Adersstraße, 110. — Metallarbeiter: 5 Uhr bei Reuther, Adersstraße, 110. — Klempner und Schlosser: 5 Uhr im Rosenhäger Hof, Rosenhäger Straße. — Klempnerarbeiter: 6 1/2 Uhr im Rosenhäger Hof, Rosenhäger Straße. — Metallarbeiter: 15-17. — Zutritt nur gegen Funktionärsausweis und Mitgliedsbuch der Partei. Der Fraktionsvorstand.

Achtung, Bekleidungsarbeiter! Heute abend 6 Uhr finden in den Räumen der Organisation bekanntgegebenen Branchenerkennungsversammlungen die Wahlen der Delegierten zu der Generalversammlung statt. Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen der Richtung Ankerbau, in ihrer zuständigen Branchenerkennung zu erscheinen! Die Betriebsvereine der Richtung Ankerbau, 4 1/2 Uhr bei Berger, Bergring, Ecke Jaanstraße, Versammlung aller BSB-Bekleidungs- und Angestellten. Wichtige Tagesordnung, Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Zentralverband der Angestellten. Finanzabteilung: Mitgliederversammlung Mittwoch 7 1/2 Uhr in Boverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße, 35. — Eisenhandel: Mitgliederversammlung Mittwoch 8 Uhr in Boverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße 35.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Stragrapphen-Verein Glase-Schree. Dienstag von 7-8 1/2 Uhr Vorlesung für Damen und Herren in der 120. Gemeindeschule, Gartenstr. 107a.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. 2. Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle der Akademischen Unterhaltungsvereine (Wolfsbühlstraße), Georgenstraße 34-36.

Better bis Mittwoch mittag. Hundstätt etwas kälter, zeitweise aufklarend, aber veränderlich. Später neue Erlebung und besonders an der Küste leichte Niederschläge bei mäßigen nordwestlichen Winden.



Regelmässige Verbindung
von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York
durch die prachtvollsten amerikanischen Regierungsdampfer

NÄCHSTE ABFAHRTEN:	
America	7. Februar 11. April
President Harding	14. Februar 21. März
George Washington	21. Februar 28. März
President Roosevelt	28. Februar 4. April

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekte und Segelisten Nr. 83

UNITED STATES LINES
BERLIN W 8 BERLIN NW 40
Unter den Linden 1 Invalidenstr. 93
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Norddeutscher Lloyd, G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Lloyd, Verlagsgesellschaft Paul Siegel & Co., Berlin, Lindenstr. 3. 1272/21 1. Blatt.

Weinbrand **Winkelhausen** Alle Reserve

Die Nord-Südbahn fährt.

Der Probezug Halleisches Tor-Seestraße. — Heute erster Verkehrstag.

Nachdem der Berliner über 10 Jahre hindurch die Bubbele durch das Herz seiner Stadt geduldig schimpfend mitangesehen, nachdem er in Sand- und Kieshaufen versunken, beschwingten Fußes über Steinbänke hüpfend durch Engpässe auf Brettern mühsam sich durchgerungen, erreicht ihn heute die Tatsache, daß alles das nicht vergebens gewesen ist. Er kann wahr und wahrhaftig vom Halleischen Tor untertags nach dem Stettiner Bahnhof fahren und wird es in wenigen Wochen bis über den Wedding hinaus zur Seestraße können. Und in einem weiteren Jahre etwa klettert er in der Bergstraße zu Neukölln in die Nord-Süd und steigt nach einer guten halben Stunde in der Gegend des Schillerparks wieder an das Tageslicht. Das ist immerhin etwas und unter Berücksichtigung der katastrophalen Zeitgeschwindigkeit sogar eine bewundernswerte Leistung, die nur der großen Energie und dem Fleiß aller derer, die an dem Bau dieser neuen Verkehrsstraße beteiligt waren, zu danken ist.

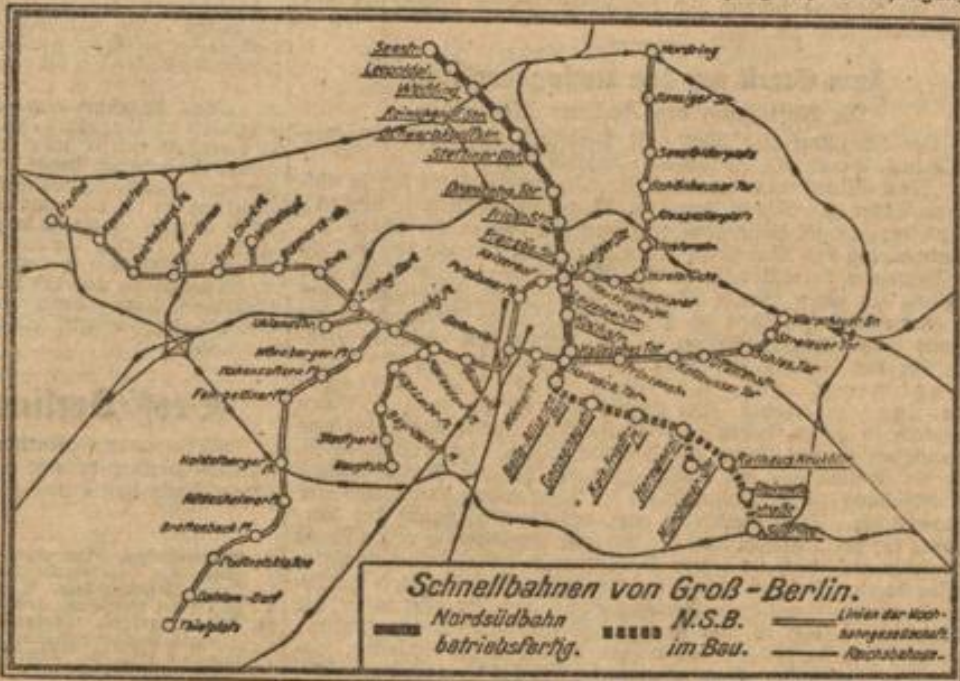
Gestern, am frühen Nachmittag, so gegen 3 Uhr, fuhr vom Halleischen Tor der erste Zug ab, der ein größeres Publikum geladener Gäste mit sich nahm. Er war so gefüllt mit all denen, die sich für die Nord-Südbahn eingestellt, an ihrem Bau fördernden Anteil genommen, den Mitgliedern des Magistrats, der Reichsbehörden, der Stadt- und Bezirksverordnetenversammlungen, der Presse und vielen anderen mehr oder weniger Interessierten, daß zwei weitere Züge ihm folgen mußten. Also ging es aus von der imposanten Halle des Bahnhofs am Halleischen Tor, die auf weichen Grunde ein fettes Blau bei den kantigen Säulenstützen und im knapp verwendeten Zerkornornat zeigt. Der Zug ist im Rollen durch den Tunnel der südlichen Friedrichstraße, der in das Sumpfgelände dieser Gegend mit unsäglicher Mühe gebildet wurde. Kochstraße, Leipziger Straße, die Farben auf den Bahnhöfen wechseln, auf Weiß folgt Rot, Bohndorf Französischer Straße gräbt sich durch ein stumpfes Grau dem Auge ein. Am Bahnhof Friedrichstraße, der mit der Stadt- und Fernbahn in inniger Verbindung steht, steigt, durch die große Tiefe der Anlage bedingt, wieder eine mächtige Halle, ähnlich der am Halleischen Tor, über den einfahrenden Zug. Hier herrscht neben dem Weiß wieder das Grün vor. Nun geht's tiefer hinunter unter das Bett der Spree im Zuge der alten Weidendammer Brücke und jenseits wieder langsam hinaus, dem Bahnhof Oranienburger Tor zu, bis nach einem etwas ausgedehnteren Streckenabschnitt die vorläufige Endhaltestelle Stettiner Bahnhof erreicht ist. Die Probezüge führen aber weiter, um auch das letzte Stück der fertigen Nordstrecke bis zum Betriebsbahnhof Seestraße zeigen zu können. Hier zeigt sich der schönste der Bahnhöfe, der am Leopoldplatz im Schmuck brunnlich getönter Kacheln. (Man hätte ihn bereits vor Kriegsbeginn fertiggestellt, unsere Rot zwang dann, an Stelle des kostspieligen Kachelbelages den weniger kostspieligen Farbenanstrich treten zu lassen.) Auf jeden Fall ist auch die Nordstrecke fertig, und es mangelt nur noch an der Wagenstellung, um auch sie in Betrieb nehmen zu können. In aller Kürze soll das geschehen.

Auf der Rückfahrt gab es auf dem Bahnsteig des Bahnhofs Friedrichstraße, wie sich das so gehört, höchst feierliche Reden. Es sprachen Stadtbaurat Hahn, Oberbürgermeister Böß und Geheimrat Wittig von der Hochbahngesellschaft, der vertragsgemäß die Betriebsführung der Nord-Südbahn obliegt. Heute früh 5 Uhr 45 Mi-

nuten wird sich die neue Bahn dem arbeitenden Berlin zum erstenmal zur Verfügung stellen.

Technische Einzelheiten.

Die Nord-Südbahn, die heute dem öffentlichen Verkehr übergeben wurde, wird sicherlich eine der verkehrsreichsten Straßen des Berliner Schnellbahnsystems sein, führt doch ihre Linie unter der belebten Friedrichstraße mit ihren zahlreichen Vergnügungstätten und Geschäftshäusern hindurch. Schon Werner v. Siemens plante eine elektrische Straßenbahn, die den Norden mit dem Süden verbinden sollte. Aber erst im Jahre 1910 genehmigten die Stadtverordneten ein vom Stadtbaurat Krause ausgearbeitetes Projekt einer Untergrundbahn, die Nord- und Südring miteinander verbinden und so gleichsam eine Verknüpfung zwischen der bestehenden Dampfbahn und der elektrischen Schnellbahn in Berlin herbeiführen sollte. Im Januar 1912 erhielt der Entwurf die landespolizeiliche Genehmigung,



und die Konzessionsdauer wurde bis zum Jahre 2008 erteilt. Im Dezember desselben Jahres wurde mit dem Bau begonnen, und trotz der durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die Bahn unterfährt die beiden Pankearme — den Schönhauser Graben und die Stadtpanke —, die Spree an der Weidendammer Brücke und den Landwehrkanal am Halleischen Tor. Die Tunnel wurden hier in offener Bauweise unter Aufrechterhaltung des Schiffahrtbetriebes ausgeführt. Am Bahnhof Wedding mußten die Fundamente der Brückenwiderlager der Staatsbahn in Rücksicht auf den Tunnelbau tiefer gelegt werden. Die Weidendammer Brücke wurde abmontiert, und an ihrer Stelle wurden zwei Hochbrücken errichtet. In absehbarer Zeit wird die alte Weidendammer Brücke wieder dem Verkehr dienen. Am Bahnhof Halleisches Tor mußte der Viadukt der Hochbahn umgebaut werden, da ein Pfeiler der Offenkonstruktion zu beeinträchtigen war. Ferner mußte die Bahn durch zwei südlich der Weidendammer Brücke gelegene Moorstrecken geführt werden, die 16 bis 20 Meter tief waren. Ueber der Nordstrecke an der Besselfstraße ruht der Tunnelkörper auf einem Pfeiler aus Eisenbeton, während er auf der Strecke südlich der Weidendammer Brücke im Moor schwimmt. Interessant ist auch die Unterführung des Jakobblücherhofes an der Hermannstraße der nach nicht fertigen Strecke in Neukölln. Die Bahn wurde dort bergmännisch als Stollen hergestellt. Die Tunnelbreite beträgt 6,9 Meter, die Tunnelhöhe über der Sohle 3,6 Meter, die normale Bahnhofs-

breite 13,10 Meter, die Bahnsteigbreite 7 Meter und die Bahnsteiglänge 80 Meter. Die Bahnhöfe Leipziger Straße und Halleisches Tor vermitteln den Übergang zu der schon bestehenden Hochbahn, der Bahnhof Friedrichstraße ist mit der Stadtbahn, der Bahnhof Wedding mit der Ringbahn verbunden. Die Bahnhöfe Halleisches Tor und Friedrichstraße sind durch ihre große Höhe besonders bemerkenswert, da sie unmittelbar an den Unterführungen von Wasserläufen liegen. Sehr interessant ist der Bahnhof Halleisches Tor durch fünf Zugänge von teilweise recht erheblicher Länge. Wer auf dem Bahnhof Leipziger Straße umsteigen will, muß etwa 3 Minuten unter der Friedrichstraße entlang laufen. Die Stromlieferung erfolgt durch die städtischen Elektrizitätswerke nach den Meterstationen Wedding (5550 Volt) und Halleisches Tor (10 500 Volt), und wird hier in Betriebsstrom von 800 Volt umgeformt. Die Fahrgeschwindigkeit kann bis zu 50 Kilometer in der Stunde betragen. Durch ein selbsttätiges Signalsystem ist die Strecke gesichert. Infolge der hohen Kosten mußten die alten Wagen der Hochbahn für den Betrieb Verwendung finden. Da zwischen Bahnsteig und Wagen ein etwa fußbreiter Zwischenraum liegt, ist er durch eine an den Wagen befestigte Bohle ausgefüllt worden. Auf dem Betriebsbahnhof Seestraße, der zu ebener Erde liegt, sind zwei Modelle von Wagen zu sehen, die ehemals für den Betrieb geplant waren. Die Baukosten für die Strecke Seestraße—Halleisches Tor waren im Frieden mit 80 Millionen Mark veranschlagt, sie werden jetzt etwa 3 Milliarden Mark, d. h. etwa das Vierzigfache, betragen. Demnach entspricht die gesamte Bauunternehmung, in Goldmark umgerechnet, noch nicht 2 Proz. der Nachkriegsumme. Dieses günstige Ergebnis ist durch rechtzeitige Materialkäufe und auch durch teilweise billigere Herstellung einzelner Teile des großen Bauwerks, das anfänglich unter der Oberleitung des Stadtbaurats Krause durch Magistratsoberbaurat Rißch gebaut und dann vom Jahre 1921 an unter Stadtbaurat Hahn durch Magistratsoberbaurat Jangemeister vollendet wurde. Man hofft durch den Betrieb der jetzigen Strecke die erheblichen Mittel zur Vollendung der gesamten Strecke herbeischaffen zu können. Die Stadt Berlin, die hier im Verein mit einer großen Zahl von Hand- und Kopfarbeitern ein Werk von Bedeutung geschaffen hat, darf mit Stolz den Tag der Eröffnung der Nord-Südbahn als ein Ereignis von weittragender Bedeutung feiern.

Auf der Hoch- und Untergrundbahn findet mit Rücksicht auf die verkürzte Voltzahl vom Dienstag, den 30. Januar d. J. ab eine Einschränkung des Fahrplans und eine durchschnittlich eine Stunde statt. Danach verlassen die letzten Züge den Bahnhof Leipziger Straße (bisher Friedrichstraße benannt) zu den nachfolgenden Zeiten 12,02 in Richtung Wilmersdorf mit Anschluß nach Dahlem, 12,07 in Richtung Charlottenburg mit Anschluß nach dem Döten, Schöneberg, Ullandsstraße und Westend, 12,14 in Richtung Nordring, 11,58 Stettiner Bahnhof (Nord-Südbahnlinie). Der letzte Zug mit Anschluß an die Hochbahn Warschauer Brücke—Richtberg geht ab Bahnhof Leipziger Straße 11,22.

Straßenbahn 150 Mark.

Einführung einer allgemeinen Wochenkarte. Die Straßenbahn hat von heute ab ihre Tarife wieder erhöht. Sie erklärt, daß der unablässig fortschreitenden Geldentwertung und der Steigerung aller Ausgaben gegenüber sich die Einnahmen aus dem 100-M.-Tarif als unzureichend erwiesen haben. Sie sei daher genötigt, vom 30. Januar ab den 150-M.-Tarif einzuführen. Der Tarif, der die Zustimmung der städtischen Verkehrsdeputation erhalten hat, sieht im wesentlichen folgende Fahrpreise fest: 1. Einzelfahrkarte für Erwachsene 150 M., im Bereich der Vorortbahnen (vormals Spandauer, Köpenicker Straßenbahn, Teufower Kreisbahnen mit Grünwaldbahnen) 120 M., für Kinder von 6 bis 14 Jahren, ferner (auf Berechtigungsschein) für Lehrlinge und Schüler von 14 bis 17 Jahren und für unbemittelte Studenten, sowie (auf Ausweis des Bezirksfürsorge- oder Wohlfahrtsamts) für Kriegsgeldbesitzer und im Gehei schwer behinderte Personen allgemein 80 M. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Berechtigungsscheinen für Lehrlinge und Schüler ist auf 180 000 Mark jährlich (einschl. Naturlohnbesüge) erhöht. Die Ausfertigungsgebühr für den Berechtigungsschein beträgt 30 M. 2. Teilstreckenfahrkarte (versuchsweise) auf den Linien 9, 16 und 116 für die durch Ausgang in den Wagen betanktegebenen Strecken 100 M., Fahrten darüber hinaus kosten 150 M. 3. Umsteigefahrkarte, auch im Wechselverkehr mit der Hochbahn, 220 M., im Bereich der Vorortbahnen (vormals Spandauer, Köpenicker Straßenbahn, Teufower Kreisbahnen mit Grünwaldbahn) 150 M. Die beim 100-M.-Tarif versuchsweise eingeführte Kurz-

Drei Soldaten.

23] Von John dos Passos.
Aus dem amerikanischen Romanfragment übersetzt von Julian Gumpers.
Sie wuschen ihr Ehgeschirr in dem Faß mit warmem Wasser, das von den Hunderten Geschirren, die schon vorher darin gereinigt waren, ganz fettig war. Ein elektrisches Licht erleuchtete schwach den nassen Stamm einer Platane, und die Oberfläche des Wassers, auf der etwas Hasergrüne und Kaffeesatz herumschwamm, und die Abfallbeimer mit ihren gemalten Schildern, und die Männer, die hintereinander sich aufgestellt hatten, um an das Faß heranzukommen.
„Dies verdammte Leben,“ sagte Bill Grey wild.
„Was meinst du?“
„Habe die ganze Zeit nichts getan, als Verbandzeug eingepackt und ausgepackt. Ich werde verrückt. Habe versucht, mich zu besaufen; nützt aber auch nichts.“
„Donnerwetter, mir ist der Kopf schwer,“ sagte Fuselli.
Bill Grey legte seine schwere, muskulöse Hand um Fusellis Schulter. Sie gingen zusammen zu den Baracken.
„Ich werde desertieren, Dan.“
„Tu das nicht, Bill. Wir können beide nur vorwärts kommen, wenn wir keine Dummeiten machen.“
„Darum gebe ich keinen Heller... Warum bin ich wohl in diese verdammte Armee gekommen? Vielleicht weil ich in so 'ner Uniform gut ausschaue? Was!“
Bill Grey steckte die Hände in die Taschen und spie mühsam aus.
„Aber Bill, du willst doch nicht ein dreißiger Gefreiter bleiben?“
„Ich will an die Front! Ich will nicht hier bleiben, bis ich ins Kittchen fliege oder vor's Kriegsgericht komme. Sag', Dan, kommst du mit mir?“
„Mensch, Bill, du machst doch nur Spaß. Die werden uns schon bald genug fortschicken. Ich will Korporal werden“ — er drückte seine Brust heraus — „noch ehe ich an die Front gehe, will ich zeigen, was ich kann.“
Ein Horn tönte.
„Paß sie nicht auf dir rumreiten, Dan.“
Sie marschierten auf der dunklen Straße auf und führten,

wie der Schlamm unter ihren Füßen schwappte. Die Fahrspuren waren voll schwarzen Wassers, in dem fernes elektrisches Licht sich widerspiegelte.
„Ihr arbeitet heute alle in den Lagerräumen,“ sagte der Sergeant mit seiner traurigen, gezogenen Stimme. „Der Leutnant sagt, daß alles heute nachmittags fertig sein muß. Sie wollen es heute zur Front fahren.“
Einer piffte vor Ueberraschung.
„Abtreten!“ kommandierte der Sergeant unwillig.
Sie marschierten ab in der Dunkelheit, in der Richtung auf eines der Lichter. Ihre Füße platteten in den Pfützen.
Fuselli trat an die Wache, die am Tor des Lagers stand, heran. Er bohrte nachdenklich in den Zähnen mit einem Splitter aus einem Brett. „Phll, kannst du mir nicht einen halben Dollar pumpen?“ Fuselli blieb stehen, steckte die Hände in die Taschen, sah die Büchse an und ließ den Splitter aus einem Winkel eines Mundes heraushängen.
„Unmöglich, Dan,“ sagte der andere Mann. „Bin vollkommen ausgebrannt. Habe keinen Cent seit Neujahr gefriegt.“
„Warum bezahlt man uns denn nicht?“
Fuselli ging den dunklen Weg hinunter. Der Schlamm war zur Stadt zu in tiefen Wagen Spuren gefroren. Diese Stadt mit ihren kleinen Häusern war ihm immer noch fremd. Die Feuchtigkeit verursachte graue und grüne Flecken auf den mit roten Ziegeln gedeckten Dächern und in den engen, gewundenen Straßen mit den vielen Balkonen. Nachts, wenn es überall dunkel war, und wenn ein Licht in einem Fenster gelben Schein auf die nasse Straße hinausgoß und das Licht aus einem Laden oder einem Kaffee herausströmte, dann war alles fast erschreckend unwirklich. Er ging hinunter auf den Marktplatz, wo er hören konnte, wie der Springbrunnen plätscherte. In der Mitte blieb er unentschlossen stehen, den Mantel aufgedrückt, die Hände bis auf den Grund seiner Taschen vergraben. Er hörte lange Zeit dem Plätschern des Springbrunnens zu und dem fernem Geräusch rollender Züge. „Und dies ist der Krieg,“ dachte er. „Seltsam, es ist stiller, als zu Hause nachts.“
Die Straße hinunter, am Ende des Platzes, erfuhren ein Streifen weißen Lichtes — die Scheinwerfer eines Automobils. Die beiden Augen des Wagens starrten geradeaus, gerade in seine, blendeten ihn, drehten sich dann ab nach der anderen Seite und huschten vorbei. Ein schwacher Petroleum-

geruch und verschwimmende Stimmen blieben zurück. Fuselli beobachtete, wie die Fronten der Häuser hell wurden, wenn der Wagen die Straße weiter hinaus fuhr. Dann war die Stadt wieder dunkel und still.
Er ging über den Platz zum „Cheval Blanc“, dem größten Kaffee, wo die Offiziere verkehrten.
„Schließ den Mantel!“ jauchte eine Stimme. Er sah eine steife, große Gestalt an der Ecke der Biegung. Ein Pistolenhalter war undeutlich zu sehen. Feldgendarm. Er schloß den Mantel eisig und ging mit schnellen Schritten weg.
Er hielt vor einem Kaffee an, auf dessen Fenster mit weißer Schrift „Schinken und Eier“ geschrieben stand und sah voller Verlangen hinein. Jemand legte von hinten zwei große Hände über seine Augen. Er machte sein Gesicht frei.
„Hallo, Dan,“ sagte er. „Wie bist du aus dem Kittchen rausgekommen?“
„Mir kam keiner was, Mann,“ sagte Dan Cohen. „Hast'n bißchen Pfenke?“
„Nicht einen Cent.“
„Ich auch nicht... Behn wir doch rein,“ sagte Dan. „Werde die Geschichte schon mit Marie in Ordnung bringen.“
Fuselli folgte ihm zweifelnd. Er erinnerte sich, daß in der vorigen Woche einer vor das Kriegsgericht kam, weil er die Zehne geprellt hatte.
Er setzte sich an einen Tisch in der Nähe der Tür. Dan war im hinteren Zimmer verschwunden. Fuselli fühlte Heimweh. Er dachte daran, wie lange es schon her sei, daß er einen Brief von Mobe erhalten hatte. „Die wird schon einen anderen haben,“ sagte er zu sich selbst voller Wut. Er versuchte, sich zu erinnern, wie sie aussah. Aber er mußte seine Uhr herausnehmen und in ihren Rücken hineinschauen, ehe er sich daran erinnern konnte, ob ihre Nase gerade oder stumpf war. Er sah auf und ließ die Uhr mit Geräusch in seine Tasche zurückgleiten. Marie mit den weißen Armen kam lachend aus dem anderen Zimmer. Ihre großen, festen Brüste, die man unter er engen Bluse sehen konnte, zitterten ein wenig, wenn sie lachte. Ihre Baden waren sehr rot, und eine Strähne ihres kastanienbraunen Haars hing ihr über die Stirn. Sie nahm sie eilig auf und machte sie mit einer Nadel fest. Dann ging sie in die Mitte des Zimmers. Dan Cohen folgte ihr, ein breites Grinsen auf dem Gesicht.
(Fortsetzung folgt.)

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7 Uhr Zauberkünste
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr Hidalla
Deutsch. Theat. 6.00-7.00
Kammerspiele 8 1/2 Uhr Der Kreis
Gr. Schauspielh. (Kartstraße) 7 1/2 Uhr Die törichte Jungfrau

Theater l. d. Königsgrätz Str. 8 Uhr Savonarola
Komödienhaus Erdgeist
Berliner Th. 7.15 Madame Pompadour

Deuts. Opernhaus 6 Uhr Meisels v. Nürnberg
Groß. Volkstheater im Theat d. Westens 7 1/2 Uhr Die Walküre

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr Es lebe das Leben von H. Sudermann

Kleines Th. Tägl. 8 Uhr Die Romanischen Lustspiele

Central-Theater 7 1/2 Uhr Die Macht d. Finsternis

Der Blaue Vogel Gottstraße 9
Das 3. Programm

Ultimo-Angebot

Aus unseren bekannt großen Lagervorräten verkaufen wir trotz des hohen Dollarstandes Herrenanzüge, Cutaways, Schlüpfers, Uister, Paletots, Lodenmäntel, gestr. Hosen zu außergewöhnlich billigen Preisen.



Einige Beispiele, soweit Vorrat: Herren-Straßenanzüge gut verarbeitet, in verschiedenen Stoffarten, hell und dunkel, von 42 an

Herren-Schlüpfers und Uister gute Stoffe, prima Verarbeitung... von 28 an

Herren-Paletots in schwarz und marengo, auf Wollserge und Samttragen... von 49 an

Loden-Mäntel in guten Qualitäten... von 38 an

Herren-Hosen gestr., in schönen Mustern... von 5 an

Konfirmanden-Anzüge in allen Größen und Preislagen

Anzahlung zur späteren Abholung gestattet

Nachzahlung KLAPEKO Kein Verkauf an Händler.

Alexanderstr. 30 40, l. d. Passage am Alexanderplatz, Aufg. A

Frankfurter Allee 7 Kolibuser Damm 73

Unterhaltungs-Varieté 4 Uhr 8 Uhr Das neue Programm

Garderobe

auf bequeme Teilzahlung! Anzüge Cutaways Paletots

Mäntel Kostüme Kleider Röcke Grebler Weinbergsweg 4

Der gute Kapitän-Kaufabak C. Röcker

Brillanten Berlin, Obermarkt-Druck

Verkäufe Reichhaus Reichsstraße 2

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Veranstaltung des Metallarbeiter-Verbandes

Metallarbeiter und Volleter

Mechaniker, Optiker, Uhrmacher

Bekanntmachung

Bekanntmachung

Bekanntmachung

Bekanntmachung

Bekanntmachung

Bekanntmachung

Polysapparat, Doff, Prisenmessen
Schloßplatten, Doff, Prisenmessen

Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl
Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl

Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl
Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl

Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl
Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl

Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl
Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl

Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl
Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl

Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl
Gold, Silber, Kupfer, Platin, Stahl